

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)

Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5spaltige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Telephon: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Nachklänge zur Aera Puttkamer.

Als das Sozialistengesetz abließ, konnte man wohl bemerken, wie sehr es gewissen Bureaugewaltigen an das Herz gewachsen war. Sie stellten sich, als wüßten sie gar Nichts davon, daß der Ausnahmezustand zu Ende sei, und sie konnten sich vielleicht eine Welt ohne Sozialistengesetz wirklich nicht mehr vorstellen. Da gab es pflichteifrige Postbeamte, welche meinten, früher verbundene Schriften dürften sie auch nach Ablauf des Ausnahmegesetzes nicht herausgeben, so lange ihnen nicht „besondere Weisung“ zugekommen. Das Verlangen am Sozialistengesetz erstreckte sich bis auf die Gendarmen und ein solcher löste bekanntlich in Rixdorf lange nach dem 1. Oktober eine Versammlung „auf Grund des Sozialistengesetzes“ auf. Man sah es diesem pflichteifrigen Beamtenthum an, wie sauer es ihm wurde, die liebgewordene Gewohnheit des Verfolgens der Sozialdemokratie auf Grund bequemer Ausnahmebestimmungen, aufzugeben. Die Verwaltungsjuristen, bei der so manches feinerige Staatsrätchen seine Thätigkeit ausüben konnte, ohne sie öffentlich rechtfertigen zu müssen, war der gegenwärtigen Bureaufkraten-Generation in Fleisch und Blut übergegangen. Es konnte auch nicht anders sein. Eine Aera, in deren höheren Regionen die Diätenprozesse ausgereift waren — wie mußte sie erst den Eifer des Gendarmen und des Polizeibieners spornen! Wenn der Riese sich im Kleinen mit so viel Behagen auszeichnet, da fühlt sich der Zwerg im Kleinen doppelt groß.

Nachdem die vom höchsten Pflichteifer befehlten Behörden endlich sich voll überzeugt haben, daß das Sozialistengesetz wirklich abgelaufen ist, haben sie sich auf die Suche nach Gesetzesbestimmungen aus alter Zeit gemacht, die ihnen die Ausnahmebestimmungen einigermaßen ersetzen. An solchen Bestimmungen fehlt es nicht. Andererseits ist man bemüht, den Bestimmungen des gemeinen Rechts so scharfsinnige Interpretationen zu geben, daß mit ihnen Manches doch noch getroffen werden kann, was man früher nur mit dem Sozialistengesetz erreichen zu können glaubte.

In Sachsen, im Lande des hervorragenden behördlichen Pflichteifers, werden immer noch Versammlungen in Masse verboten und zwar auf Grund des alten Vereinsgesetzes, das bestimmt, daß Versammlungen und Vereine, welche „unsittliche und ungesetzhliche Zwecke“ verfolgen, aufgelöst werden können. Vielleicht könnten „Gelehrte“ darüber streiten, wo die sozialdemokratischen

Bestrebungen an sich schon „ungesetzhlich“ und „unsittlich“ sind. Bei den sächsischen Behörden aber giebt es darüber keinen Streit, wie denn jüngst ein Arbeiterverein „schon als sozialdemokratisches Institut“ als „ungesetzhlich und unsittlich“ befunden und aufgelöst wurde.

Im Herzogthum Braunschweig sieht sich die Sache mehr patriarchalisch an. Dort wacht die Polizei darüber, daß der sozialdemokratische Wahlverein nicht von seinen Zielen und Zwecken abirre, und sie glaubte deshalb jüngst eine Versammlung dieses Vereins verbieten zu müssen, weil sie der Meinung war, die Tagesordnung stimme nicht mit den Zielen und Zwecken des Vereins überein. So viel Sorgfalt ist erhebend und rührend zugleich.

Auch in Preußen läßt man es nicht fehlen an Maßregeln, welche die Erinnerung an die glorreichen Zeiten des Herrn von Puttkamer nicht untergehen lassen. Es ist noch in frischem Andenken, wie Herr von Puttkamer auf Grund einer alten Bestimmung von 1842 in Verbindung mit dem § 3 des Freizügigkeitsgesetzes einzelne Sozialisten, die sich seine besondere Aufmerksamkeit zugezogen hatten, überall, wo sie sich niederlassen wollten, ausweisen ließ und eine Art Kesseltreiben im ganzen Reiche herum auf sie veranstaltete. Diese Ausreibungen entsprangen dem „Geiste“ des Sozialistengesetzes. Sie haben aber mit dem Fall des Sozialistengesetzes noch nicht aufgehört. Auch die sofortige Ausweisung des holländischen Abgeordneten Nieuwenhuis, der in Bielefeld einen Vortrag halten wollte, erinnert an die Puttkamer-Zeit.

Zu gleicher Zeit wird kund, daß in Gelsenkirchen der Redakteur des Verbandsorgans der Bergarbeiter verhaftet worden ist, weil er in seinem Blatte „zum Streik aufgefordert“ habe. Die Arbeitseinstellung ist an sich eine gesetzlich erlaubte Handlung und die Gewerbe-Ordnung, welche Vereinigungen zum Zweck der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestattet, bestätigt dies. Vor allen Dingen haben wir nirgends eine Bestimmung, daß die Arbeitseinstellung verboten oder strafbar sei. Wenn dies der Fall, dann kann aber auch die Aufforderung dazu nicht strafbar sein. Wir kennen in diesem Augenblick die Form der Aufforderung noch nicht; aber die bloße Aufforderung zum Streik ist offenbar kein Grund zu einer Verhaftung.

Man sieht also, daß im alten „Geiste“ fortgefahren wird, wenn auch die alte Form fehlt. Wir haben uns in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeeben und sind sonach auch nicht enttäuscht. Ohnedies wußten wir, nachdem der Erlaß des Herrn Herrfurth bekannt geworden, daß der behördliche Eifer nicht nachlassen werde.

Nun, die Herren mögen so fortfahren. Unsere Genossen werden überall auf ihrem Recht bestehen und alle Instanzen anrufen.

Wenn man das Sozialistengesetz aufgehoben hat, weil seine Anwendung der Sozialdemokratie, als einer verfolgten Partei, Anhänger zuführte, so wird man auch begreifen müssen, daß die Anwendung der Gesetze, wie wir sie geschildert haben, ganz dieselbe Wirkung haben wird. Wir sind ja diesen kleinen Krieg gewöhnt, und wenn die Herren auf den Polizei- und anderen Bureaus fortfahren wollen, uns neue Anhänger zuzuführen — immer zu! Auch so macht man sich verdient ums Vaterland!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember.

In einer Reihe von Artikeln hatten wir im Einzelnen den Nachweis geführt, daß der Entwurf einer **Novelle zum Krankenkassen-Gesetz**, wie er zuerst bekannt geworden war, der blühenden Abneigung gegen die selbstständigen Arbeiterorganisationen entsprungen sei, und den mit bürokratischer Genauigkeit unternommenen Versuch darstelle, den freien Hilfsklassen systematisch das Leben so sauer zu machen, daß sie vor den gesetzlichen Drangsalirungen lieber das Feld räumten. Inzwischen sind auch die freien Hilfsklassen, wie zu erwarten war, mit der Agitation nicht zurückgeblieben. Überall haben Versammlungen stattgefunden, welche gegen den Entwurf entschieden Stellung nahmen, und in wenigen Tagen tritt hier in Berlin ein Kongreß der freien Hilfsklassen zusammen, der im Namen der Million Versicherter den schärfsten Protest gegen die geplante „Licht- und Schattenvertheilung“ erheben wird.

Gleichsam zur Begründung dieses Kongresses werden jetzt Veränderungen und Zusätze bekannt, die der Bundesrath inzwischen noch an dem Entwurfe vorgenommen hat. Wer aber der Ansicht war, daß die Regierung den so laut und deutlich geäußerten Wünschen der Arbeiter wenigstens geringe Konzessionen machen würde, hat sich auf einem argen Holzpfade befunden. Nicht Verbesserungen stellen die bundesrätlichen Abänderungen an dem Entwurfe dar, er ist, soweit das überhaupt noch möglich war, verschlechtert, für die freien Hilfsklassen und die Arbeiter überhaupt noch ungünstiger gestaltet worden.

Zunächst soll — ungläublich aber wahr — auch von Krankenkassenwegen der sogenannte Kontraktbruch bestraft werden.

In den § 28 ist die Bestimmung aufgenommen, daß Arbeiter, die durch vertragswidrigen Austritt aus der Beschäftigung erwerbslos werden, ihrer Ansprüche an die Kasse verlustig gehen.

So sucht die Regierung auch auf diesem Wege die

„Wenn sie einbrächen und uns plünderten.“ klagte die Priorin. „Dann wird doch der Ausschuß“...

„Dann wird der Ausschuß gemeinsam mit einem hohen Rath die Gelegenheit ergreifen und die geistlichen Güter einziehen zum Besten der Stadt.“ sagte Matthias grimmig.

„Aber ein hoher Rath ist doch stets freundlich und wohlwollend gegen das Kloster gewesen.“ sagte Katharina Eulerin bebend.

„Das wohl.“ sagte der Klosterförster, „die Herren vom Rath haben die klösterliche Zucht immer mit Freuden geübt. Aber so freundlich und vergnügt wie noch nie werden ihre Gesichter aussehen, wenn sie die reichen Klostergüter zu der Stadt, das heißt zu ihrem eigenen Nutz und Frommen, an sich ziehen können.“

„O wir armen Klosterfrauen.“ rief Katharina Eulerin. „Was soll aus uns werden?“

„Wir müssen uns wappnen mit aller Standhaftigkeit.“ sprach der Klosterförster. „Dem seit der gottvergeßene Doktor Karlstadt in der Stadt ist, geht es den geistlichen Herrschaften und ihren Dienern nimmer gut. Die Wilderstürmerei ist los. Christian Heinz, der Bäcker, ist mit den Müllern im Thal und mit einigen losen Bauern in die schöne Kirche unserer lieben Frauen vor dem Kobolzer Thor eingebrochen, hat die Pfarrer hinausgejagt und das Meistuch vom Altar geworfen. Die schönen Altargemälde sah man in der Tauber schwimmen.“

„Aber Christ Heinz ist doch selber einer des inneren Rathes?“ sagte die Priorin erstaunt.

„Daran könnt Ihr eben sehen, wie Alles drunter und drüber ist.“ antwortete Matthias. „Hat doch auch Herr Ehrenfried Rumpf, der Altbürgermeister, den Pfarrer aus

harrten die Herren vom Rath, daß die Bürger wieder kommen sollten; es kam Keiner mehr.“

„O der Menzinger.“ rief die Priorin, „mit seinem hochmüthigen Wesen und seinem spitzigen Fuchsgesicht!“

„Draußen traten die Bürger im Ring zusammen und man verlas nochmals das Schreiben des Rathes. Immer mehrere liefen herzu und bald waren alle die sechs Wächter der Stadt schier vollzählig bei einander. Der Menzinger schlug dann vor, einen Gemeinde-Ausschuß zu bilden, der über Alles berathen solle. Sie wählten einen Ausschuß von 42 Männern und seitdem regiert der Rath nicht mehr, sondern der Ausschuß.“

„Und der Menzinger ist auch im Ausschuß?“ frug die Priorin.

„Natürlich, gerade der. Auch der Valentin Jekelsamer, der gelehrte lateinische Schulmeister, dem der Luther auch nicht wüthend genug ist, der ist im Ausschuß, und der alte Rektor Wilhelm Bessenmacher, Georg Spelt, der Alte, Hans Kreher, der Wirth, bei dem die bösen Wuben gehen, und Kilian Etschlich, der Tuchscheerer, der auch den Doktor Karlstadt beherbergt haben soll. Sie wollen alle eine große Neuerung machen; wer Schulden hat und wer sein Handwerk nicht gern mit Fleiß treibt, der ist beim Ausschuß.“

„Die halten es mit den Bauern.“ meinte die Priorin.

„Freilich, denn draußen finden sie Ihres Gleichen. Draußen bei den Bauern läuft auch Alles zusammen, was mit der Obrigkeit zu haben gewohnt ist; da sieht man heillofes Gesindel, Diebstehle, Spieler, abgehaufte Bauern, verdorbene Bürger, Vaganten, Pfannensieder, Troßbuben, Deserteeure, Soldaten, Musikkanten und Hedenschilder.“

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

12

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525.
Von Wilhelm Bloß.

„Ein hoher Rath“ —
„Immer wieder ein hoher Rath“, fuhr Matthias nun ärgerlich dazwischen, „ein hoher Rath! Ein hoher Rath hat leider nicht viel mehr zu sagen in der freien Stadt Rothenburg.“

„Was sagt Ihr da?“
„Ein hoher Rath hat den guten Willen gehabt, die Ordnung wieder herzustellen, aber nicht die Macht. Heute Vormittag war der Rath in der großen Rathsstube beisammen, der äußere und der innere Rath. Soeben lasen seine Bestrengen, der regierende Herr Bürgermeister, den Bürgern ein Schreiben vor, in welchem ein hoher Rath land that, die Empörung der Bauern sei nicht nur wider die Reichsordnung, sondern auch wider das heilige Evangelium, und man müsse sie mit allem Ernst unterdrücken, sowie die Anhänger zur Strafe ziehen.“

„Das meinte ich ja.“ warf die Priorin ein.
„Aber da kam der Menzinger mit der Wache vom HerrensMarkt, als schon fünfundsanzig Bürger dem Rath zugestimmt hatten. Geht hinaus, schrie der Menzinger, geht hinaus. Überlegt's Euch wohl ehe Ihr dem Rath zustimmt! Und sie gingen hinaus, erst Einige, dann Alle, denn der Menzinger hatte immerfort: Hinaus! — Hinaus! — Und vergebens

Lohnkämpfe der Arbeiter zu Gunsten der Unternehmer zu erschweren. Bekanntlich sieht die Gewerbe-Gesetz-Novelle bereits eine Bestrafung des „Kontraktbruchs“ vor. Aber damit allein scheint das Verbieten, einen Streik zu unternehmen, dem man nicht vierzehn Tage vorher dem Unternehmer höflichst anzeigt, damit er sich auf ihn gehörig vorbereiten kann, nicht genügt. Eine so verrückte Handlung muß doppelt bestraft werden, während der ärgste Verbrecher für ein und dieselbe That bekanntlich nur einmal bestraft wird und deshalb wird flugs noch eine derartige Bestimmung in die Krankenkassen-Novelle hineingebracht.

Und da sagt man dieser Regierung noch die Neigung zu einem neuen Kurse nach. Der alte Bismarck'sche Faden wird ruhig weiter gesponnen. Unternehmerschutz und Arbeiterrecht an allen Ecken und Enden!

Von den Abänderungen, die sonst noch vom Bundesrat an dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen sind, nennen wir die folgenden:

In die gemeinsamen Bestimmungen für die Gemeinde-Krankenversicherung und die Orts-Krankenkassen ist eine ganz neue Vorschrift eingefügt, wonach in der Anmeldung zur Orts-Krankenkasse auch die behufs der Berechnung der Beiträge durch das Statut geforderten Angaben über die Lohnverhältnisse zu machen sind. Änderungen in diesen Verhältnissen sollen spätestens am dritten Tage, nachdem sie eingetreten, angemeldet werden.

Die eingeschriebenen Hilfsklassen haben nicht bloß jedes Ausschließen eines versicherungspflichtigen Mitgliedes aus der Klasse, sondern auch jedes Uebertreten eines solchen in eine niedrigere Mitgliederklasse bei der gemeinsamen Meldestelle oder der Aufsichtsbehörde, und zwar schriftlich anzuzeigen.

Die Verpflichtung der Arbeitgeber, die Beiträge einzuzahlen, ist auch ausdrücklich auf die Eintrittsgelder ausgedehnt. Auch ist neu vorgeschrieben, daß, wenn der Versicherte gleichzeitig in mehreren die Versicherungspflicht begründenden Arbeitsverhältnissen steht, die sämtlichen Arbeitgeber als Gesamtschuldner für die vollen Beiträge und Eintrittsgelder haften. Die Bestimmung des Gemeinde-beschlusses oder Kassenstatuts, wonach die Beiträge stets für volle Wochen erhoben und zurückgezahlt werden sollen, ist an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde geknüpft. Außerdem ist für den Anspruch auf Eintrittsgelder und Beiträge eine Verjährungsfrist von einem Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres festgesetzt, in welchem er entstanden ist. Die Festsetzung des Betrages der Maßgebungsbeiträge bei rückständigen Beiträgen ist an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden.

Auch für die auf Grund des Krankenversicherung-Gesetzes erfolgenden Unterhaltungsansprüche ist neu angeordnet, daß sie in zwei Jahren vom Tage ihrer Entstehung an verjähren. Die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen einem Krankenkassen-Verbande und den beteiligten Klassen aus dem Verbandsverhältnis ist der Aufsichtsbehörde übertragen worden.

Schon nach dem gegenwärtigen Gesetz gelten die meisten der für die Orts-Krankenkassen erlassenen Bestimmungen auch für die Betriebs- (Fabriks-) Krankenkassen. Jedoch greifen dabei verschiedene Abänderungen Platz. Zu diesen Abänderungen hat nunmehr der Bundesrat noch diejenige hinzugefügt, daß die Geltendmachung des Befreiungsanspruchs von der Versicherungspflicht bei der Gemeinde-Krankenversicherung und der Orts-Krankenkasse spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung bei dem Kassenvorstande zu erfolgen hat.

Auch für die Betriebs-Krankenkassen ist neu bestimmt, daß die Arbeitgeber außer den Beiträgen die Eintrittsgelder in die Klassen einzuzahlen haben. Die letzteren dürfen sie sich selbstverständlich neben zwei Dritteln der Beiträge bei der Lohnzahlung einziehen. Entsprechend der betreffenden Vorschrift des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes ist sodann neu angeordnet, daß Abzüge für Beiträge sich höchstens auf die in den beiden ersten Lohnzahlungs-Perioden fällig gewordenen Beiträge erstrecken dürfen.

Die im Reichsamt des Innern ausgearbeitete Novelle bestimmte, daß Mitglieder der eingeschriebenen Hilfsklassen auf ihren Antrag von der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer Zwangskasse zu befreien sind, wenn die Hilfskasse diejenige Vergünstigungen gewährt, welche die Gemeinde-Krankenversicherung im Mindestfalle bietet. Diese Vorschrift ist vom Bundesrat dahin erweitert, daß dies nicht bloß zutrifft, wenn die Hilfskasse allen ihren Mitgliedern die Mindestleistungen gewährt, sondern auch dann, wenn sie es bei derjenigen Mitgliederklasse thut, zu welcher der Versicherungspflichtige gehört.

Ferner ist vom Bundesrat auf die Hilfsklassen auch diejenige Vorschrift ausgedehnt worden, wonach Streitigkeiten über Erstattungsansprüche zwischen Klassen und Armenverbänden z. B. in Verwaltungsstreitverfahren und wo ein solches nicht besteht, von der Aufsichtsbehörde entschieden werden.

Die Verpflichtung der Krankenkassen, den Berufsgenossenschaften und Versicherungs-Anstalten behufs Er-

mittlung der Lohnhöhe Einsicht in die Bücher zu gestatten, ist auch auf die eingeschriebenen Hilfsklassen ausgedehnt worden. Ferner ist bestimmt worden, daß die Mitglieder der Verwaltungen der Gemeinde-Krankenversicherung und die Kassenvorstände dazu von der Aufsichtsbehörde durch Geldstrafe bis zu 20 M. angehalten werden können.

Desgleichen ist die Verpflichtung zur Anzeige der durch einen Unfall herbeigeführten Ertrankungsfälle an die Berufsgenossenschaft auf die Hilfsklassen ausgedehnt. Jedoch ist diese Verpflichtung im Allgemeinen dadurch eingeschränkt worden, daß diese Ertrankungsfälle nur dann angezeigt zu werden brauchen, wenn mit dem Ablauf der neunten Woche der Krankheit und nicht mit dem der sechsten, wie die Novelle des Reichsamts des Innern wollte, die Erwerbsfähigkeit des Ertrankten noch nicht wieder hergestellt ist. Auf die Unterlassung der Anzeige ist eine Ordnungsstrafe bis zu 20 M. gesetzt.

Auch in diesen Bestimmungen macht sich das Bestreben geltend, den freien Hilfsklassen neue Verpflichtungen und Lasten aufzuerlegen. Gleichzeitig gestaltet sich der ganze Entwurf immer komplizierter: Bestimmung drängt sich an Bestimmung, so daß dieser Mattenkönig von Vorschriften neben der arbeitserfreundlichen Tendenz seines Inhalts auch gleichzeitig ein vorzügliches Beispiel bürokratischer Gesetzesmacherei liefert.

Was der Reichstag dem Entwurf gegenüber thun wird? Dasselbe, was er immer mit arbeitserfreundlichen Entwürfen gethan hat. Er ist der Mandator des Kapitalismus und wird seine Aufgabe nicht verlernen.

Daraus folgt für die freien Hilfsklassen aber nicht, daß sie, „weil es doch nichts nützt“, die Hände in den Schoß legen und die Dinge gehen lassen sollen, wie sie eben gehen. Im Gegenteil! So wenig, wie unsere Genossen im Reichstage es an schneidiger und scharfer Kritik des Entwurfes fehlen lassen werden, so wenig dürfen sie auf die Arbeit verzichten, die Massen über den Charakter der Novelle aufzuklären.

Mitte Dezember werden, wie die „Nat.-Lib. Korresp.“ hört, in Berlin auf Anregung des Handelsministers Besprechungen über internationale Vereinbarungen hinsichtlich der Fortführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung stattfinden. Es wird sich um die Ausfüllung neuer Wünsche und um die Feststellung der Thatfache handeln, daß Deutschland und das soziale Königreich, an der Spitze der Arbeiterschutz-Gesetzgebung marschirt, wenn ihm am Ende nicht noch — Rußland zuvorkommt.

Professor Koch hat eine **Dotationsabgabe** abgelehnt. Man erinnert sich dabei lebhaft an das „Nationalgeschick“, das sich Bismarck wiederholt ausdrückt und damit für seine „großen Verdienste um das Vaterland“, d. h. hauptsächlich um die Großgrundbesitzer und industriellen Unternehmer à conto bezahlt machen ließ. Viele Zeitungen sprachen damals davon, „man höre“, daß Bismarck das große zusammengetrommelte und gebettelte Geld für eine gemeinnützige Anstalt bestimmt habe, aber der große Kanzler ließ die Zeitungen „hören“, was sie wollten, und sackte alles für sich selbst ein.

Eine neue **Militärvorlage** soll, nach dem „Hamb. Korr.“, nicht Waffenmaterial und Munition betreffen, sondern die Fußtruppen, die Artillerie und die Kavallerie. Es handelt sich um einen Betrag von 45—50 Millionen Mark. Ob es sich wieder um neue Änderungen der Organisation handelt, oder um die Ausstattung der Kavallerie mit Lanzen, der Artillerie mit Revolvern und dergleichen, läßt der Berichterstatter dahingestellt.

Das ewig Weibliche beherrscht gegenwärtig in den beiden fortgeschrittenen Kulturstaaten Europas die Politik: in England direkt, in Frankreich indirekt. Von der Barnell-Angelegenheit hatten wir schon wiederholt zu reden. Der Liebhaber der Frau O'Shea (sprich: osehäh), die beläufig trotz ihrer 40 Jahre eine sehr hübsche Frau ist, und einen polizeiwidrig häßlichen Mann hat, wird von der politischen Schaubühne abzutreten haben — in dem Duell der freien Liebe gegen die bürgerliche Respektabilität mußte der erstere unterliegen, das stand von vornherein fest, und da Herr Barnell ein sehr ehrgeiziger und auch sehr rachsüchtiger Herr ist, so wird er sich auf die Seite aller Derjenigen schlagen, die entschlossen sind, den Kampf mit der britischen Heuschreckengesellschaft aufzunehmen. Er wird nach links gedrängt, und das Gewicht seines Talents wird in die Wagtschale der radikalen Elemente fallen, die an der Gladstoneschen Milch- und Wasserjuppe nicht genug haben. Jedenfalls haben die schönen Augen der Frau O'Shea die ganze politische Parteilage in England verschoben und

dem bürgerlichen Liberalismus, der in Barnell einen seiner Hauptvertreter hatte, einen harten, wo nicht tödlichen Schlag versetzt. Der alte Gladstone mag sich noch so viel Mühe geben, den einst so willkommenen Barnell von den Hochschöhen abzuschütteln, ganz wird es ihm nicht gelingen, der Partische Bn, den Barnell in seinem „Manifest“ auf ihn abgeschmetzelt hat, ist nicht neben das Ziel gegangen. Herr Gladstone hat zwar Alles in Abrede gestellt, was Barnell ihm in dem Mund gelegt hat, allein Jeder, der Gladstone, diesen Virtuosen der elastischen, Alles und Nichts sagenden Prosa kennt, weiß auch, daß Barnell nicht gelogen hat — eben so wenig wie Gladstone, und daß, bei der Unterredung, um welche es sich handelt, zwei Männer zusammen waren, beide gleich gerieben, gleich sophistisch und unskrupulös und gleich entschlossen, den Andern über den Löffel zu barbaren. Herr Gladstone, der klassischste Typus der englischen Heuschrecke, die in seinem Renkontre mit Barnell allerdings unzweifelhaft Sieger bleiben, d. h. er wird Barnell aus der offiziellen politischen Arena herausdrängen, das nützt ihm aber nichts — Barnell reißt ihn mit sich in die Tiefe. Kurz — die englische Toryregierung ist vollständig Meisterin der politischen Situation geworden, das hat mit ihren schönen Augen die Frau O'Shea gethan.

In Frankreich ist dem Führer der radikalen Opposition ein ganz ähnliches Beck passiert — nur mit dem Unterschied, daß er nicht selber zum Märtyrer der freien Liebe ward, sondern sich durch einen Freund, welcher Märtyrer derselben ward, in den Abgrund hinabziehen ließ. Wir meinen Herrn Clemenceau, der jetzt wieder zum Führer der Radikalen erkannt worden ist. Herr Clemenceau hatte in Südfrankreich einen Freund, der an der Frau eines Freundes Gefallen fand — und, um die Folgen des Verhältnisses vor dem Gatten zu verheimlichen, zu Mitteln griff, welche das Straf-Gesetzbuch verbietet. Der Freund mußte in Untersuchungshaft genommen werden und beglückte seine ehebrevierische Geliebte, eine Freundin derselben — alleamt der besten Gesellschaft angehörig. Und Herr Clemenceau als guter Freund hatte keine Lust, die Sache an die große Glocke zu hängen — er suchte sie in seinen Zeitungen, der „Justice“ und anderen Blättern tot zu schweigen, allein ohne Erfolg — und die hübsche französische Ehebrecherin steht jetzt dem französischen Parteiführer Clemenceau genau ebenso im Wege, wie die hübsche irische Ehebrecherin den englischen Parteiführern Gladstone und Barnell. Und so regiert die abscheuliche, heuchlerisch verleugnete freie Liebe die bürgerliche Welt in den zwei Kulturstaaten England und Frankreich und — anderswo.

Die **Krisis** ist richtig für den Augenblick von der Wülfische der bürgerlichen Gesellschaft getrieben, von der Quantität in das Innerste des Organismus gedrängt worden. In Amerika, Belgien, Frankreich und anderen Ländern frucht eine Bank, eine Firma nach der anderen, in England aber ist Alles vorläufig hübsch in der Ordnung — die Bank hat mehr Gold und Silber in ihren Kellern als jemals, sie hilft überall, wo irgend eine Katastrophe droht, den Scheitern retten und inzwischen frist die Krankheit weiter und weiter, das Geschäft liegt darnieder, und die beste aller möglichen Gesellschaftsordnungen bekommt einen Vorgesmack ihres endgiltigen Schicksals — des Ersticken im Gold.

Die in China fast alljährlich auftretenden **Dungernöthe** haben gewöhnlich keine politische Nachwirkung. Die Armen sind so elend, daß sie ihr Schicksal stumm über sich ergehen lassen. In diesem Jahre scheint aber die Dungernoth einen besonders hohen Grad erreicht zu haben. In Petersburg aus Wladivostok eingetroffenen Nachrichten zufolge wird aus Tientsin gemeldet, daß es unter der dortigen Bevölkerung zu gähren beginne. Durch die Ueberflutung brotlos geworden, drohe der „Pöbel“, die Europäer umzubringen und dann nach Peking zu ziehen, um mit dem Kaiser Abrechnung zu halten. Uebrigens ankerten gegenwärtig vor Tientsin zum Schutze der Europäer vier chinesische und je ein französisches und amerikanisches Kriegsschiff.

Arbeiterschutz-Kommission. Berlin, den 2. Dezember. Der § 105d, welcher von den Ausnahmen handelt, die durch den Bundesrat gewährt werden können, wird unverändert angenommen.

der Pfaffenliche vertrieben und das Meßtuch vom Altar geworfen!

„Großer Gott, welche Zeiten!“ sagte schauernd die Priorin. „Man sollte meinen, der jüngste Tag sei angebrochen.“

„Und Spott treiben sie mit Allem,“ fuhr der Klosterföhrer fort. „Denn als Christ Heinz, der Bäcker mit den Müllern vom Thal Unserer lieben Frauen Gotteshaus verweist und die schönen Heiligenbilder in die Tauber geworfen, rief er höhrend:

„Zu Rothenburg ob der Tauber
Ist das Mühl- und Bäckerverk sauber“
und mocht' ich weihen, er hält' alle Kirchen ausgeräumt, so er nur gekonnt.“

„Aber läßt denn der neue Ausschuß all den Frevel zu?“ frug die Priorin.

„Daß Gott erbarm! Die Herren vom Ausschuß thäten lieber selber mit. Was sie wollen, weiß man so genau nicht, denn sie haben einen fürchterlichen Eid geschworen, nichts auszusagen von dem, was sie unter sich berathen. Aber die Bauern sind von ihnen freundschaftlich empfangen worden. Zweihundredig Hauptleute der Bauern sind heute in die Stadt eingeritten, um mit dem Ausschuß über ihre Beschwerden zu verhandeln.“

„So weit ist es schon!“ rief die Priorin.

„Jaja, und Ihr hättet nur sehen sollen, wie hochmüthig und trotzig die Bauern einzogen. Vorn dran war, wie immer, der lange Bimmel, der große Binnhart von Schwarzenbronn, dem sie die Nachrede geben, daß er mit dem Sickingen beim Ausruhr seinen Spieß getragen und mit vor Trier gelegen habe, ist immer eine Wüberei im Spiel. Wie frech er seinen langen Schnauzbart gedreht und sich die Herrenhäuser am Markt beschaut hat, als wollt' er demnächst darinnen Quartier nehmen, gleich all' den Fürsten und Herren, die dort schon abgestiegen. Und das Pfaffenlein von Louzenbronn that auch, als sei ihm das ganze Gebiet der freien Stadt Rothenburg sein.“

„Was soll aus uns werden, aus dem Kloster und seinen Gütern?“ rief die Priorin und faßte den Alten am Arm.

„Wenn sie hereinbrächen!“

„Das weiß der barmherzige Gott,“ meinte Matthias. „Aber im Kloster ist alles schon ein Wirrsal. Die Klosterfräulein flattern wie aufgeschreckte Tauben durcheinander; die Eimen sind traurig, die Aebn sind froh.“

Soeben begann die Klostersglocke zu läuten.

„Nun werden sie kommen,“ sagte Katharina Eulerin.

„Was werden sie wollen?“ frug Matthias.

„Ich weiß es nicht.“

„Nun, dann will ich es Euch sagen. Der böse Geist geht schon lange um im Kloster und die lockeren Gesellen, die Junker und die edlen Herren treiben heute nicht umsonst ihr Wesen in der großen Stube. Die Klosterfrauen sind weltlichen Sinnes geworden. Sie wollen das Kloster verlassen und Männer nehmen.“

Während dieser Worte ging mit der Priorin eine merkwürdige Veränderung vor. Katharina Eulerin, eben noch so bestürzt und unruhig, schien auf einmal voll festen Trohies und voll Entschlossenheit. Sie stampfte mit dem Fuße auf, daß es auf den alten Steinplatten hallte; ihre Augen schossen Blitze und sie sprach:

„Mögen sie ihre Seelen dem Teufel zubringen. Katharina Eulerin bleibt und der heilige Dominikus wird ihr beistehen.“

Der Klosterföhrer sah erwartungsvoll nach der Thüre, denn draußen vom Kreuzgang drangen laute Stimmen herein; man hörte Lachen von Männern und Getöse von Frauen.

Katharina Euler richtete sich hoch auf, das Auge auf die Thür geheftet.

Der Klosterfrauen Auszug.

Die Thüre des Konventsales that sich weit auf und die vierzig Schwestern des heiligen Dominikus zu Rothenburg kamen in feierlichem Zuge herein.

Die jungen Schwestern, unter denen sich einige von hübscher und strahlender Schönheit befanden, der sogar das klösterliche Gewand keinen Abbruch thun konnte, gingen paarweise voraus; die alten, unter ihnen einige runzlichte und silberhaarige Matronen, kamen zuletzt; zwei oder drei der ältesten humpelten mühsam herein.

Einige der Schwestern schlugen die Augen nieder vor dem strengen Blick der Priorin, andere schauten erst drein und einige lüchelten und tändelten miteinander, denn sie wußten wohl, die Klosterspörte würde sich ihnen heute weit aufthun und ihnen den Durchpaß lassen in die sonnige, frische, liebende und kämpfende Welt. Auch fürchteten sie sich nicht vor der geistlichen Gewalt, denn sie waren nicht allein. Ihre Bettern und Jugendgepielen, die jungen Herren vom Stadttadel, die so lustig in der großen Stube mit ihnen beim Frankenwein gessen, sie kamen alle mit herein in den Konventsaal, die Baretts mit den schwanfenden Federn fed auf die Häupter gestülpt, die Gesichter mit den zierlichen Bärtchen glühend von Wein und Ausgelassenheit, zuweilen wie unabsichtlich den langen Kaufdegen an ihrer Seite klirrend.

Als Katharina die Herren hereinkommen sah, ward der Ausdruck ihres Gesichts noch finsterner und strenger. Mit schneidender Stimme hub sie an:

„Wie weit soll es denn noch kommen im Hause des heiligen Dominikus, wenn übermüthige Junker also hereinbrechen und mit Gelagen und Gelärm die Klausur und den Frieden stören? Was auch draußen toben mag in der sündigen Welt — in diesen Klostermauern des heiligen Dominikus sind Bräute des Himmels und schauen.“

„Schauen sich jetzt nach einem anderen Bräutigam um, soweit sie jung und hübsch sind,“ sprach mit etwas heiserer Stimme — er hatte viel gezecht, gelacht und gesungen — der Junker Hans Krebs, der Sohn aus dem stattlichen Krebs'schen Hause am Herrenmarkt. Der Junker war eben von Bologna zurückgekommen, wo er studirt hatte und war ungezügelter Geistes geworden, voll vom Drang nach Neuerungen; ihm schien das Eindringen in's Frauenkloster eben recht.

„Wer giebt Euch das Recht?“ frug die Priorin, indem sie den ledigen Junker zornend mit den grauen Hobichtsangen ansah, „wer giebt Euch das Recht?“

„Wer mir das Recht giebt?“ lachte der Junker. „Ich gute Frau, ich hab' keine Lust, es Euch erst aus der heiligen Schreiß nachzuweisen. Vielleicht der da!“ Und er schlug mit seinen langen Kaufdegen, daß es klirrte.

Zu § 105e wird ein Zusatz, beantragt von Dr. Gutfleisch und Schmidt, angenommen, welcher lautet: „Das Verfahren auf Anträge wegen Zulassung von Ausnahmen für Betriebe, welche ausschließlich mit durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten, unterliegt den Vorschriften der §§ 20 und 21.“

Die §§ 105f, 105g und 105h werden in der Fassung der ersten Lesung angenommen, ebenso § 106.

Zu § 107 liegt ein Antrag Schmidt vor, den Paragraph zu streichen, eventuell statt „minderjährige Personen“ zu setzen: „Personen, welche das 10. Lebensjahr nicht erreicht haben“. Der Antrag wird mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt und darauf der Paragraph nach der Fassung der ersten Lesung angenommen. Ohne Debatte werden unverändert angenommen §§ 108, 109, 110, 111. Im § 112 wird auf Antrag der Kompromissionskommission hinter den Worten „oder unzulässige“ das Wort „Merkmale“ eingeschaltet.

Der Abs. 3 des § 113 erhält auf Antrag der Kompromissionskommission folgende Fassung:

„Den Arbeitgeber ist untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer Weise zu kennzeichnen, welche aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlich sind.“ — Im Uebrigen unverändert. § 114 gleichfalls unverändert.

Schmidt beantragt zu § 115 im Abs. 2 das in erster Lesung durch Stumm hineingebrachte Wort „durchschnittlichen“ zu streichen und hinter „rückichtlich“ einzuschalten: „Der Stoffe (Zutaten) die durchschnittlichen Selbstkosten.“ Mollenhuth beantragt:

1. In § 115 Absatz 2 das neuaufgenommene Wort: „durchschnittlich“ zu streichen.

2. Dem § 115 im 1. Absatz ist folgende Fassung zu geben:

„Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter ohne andere Abzüge als die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zulässig sind, in Reichswährung zu berechnen und haar auszuzahlen. Der Lohnzahltag darf weder ein Sonnabend, noch ein Sonntag oder Feiertag sein, auch darf die Lohnzahlung nicht in Schankstätten, Verkaufsstellen und damit in Verbindung stehenden Lokalitäten stattfinden. Die Lohnzahlung muß wöchentlich stattfinden und ist bei Akkordarbeiten, welche bis zum Lohnzahltag nicht zum Abschluß gebracht werden, eine der Leistung entsprechende Abschlagszahlung zu gewähren.“

Die Debatte über diesen Paragraph ist verhältnismäßig kurz. Von den meisten Rednern wird betont, daß sie die Kommissionarbeiten nicht weiter in die Länge ziehen wollen, sondern sich vorbehalten, ihre Ansichten bei der zweiten Lesung im Plenum zur Geltung zu bringen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge der Kompromissionskommission angenommen, welche lauten:

1. Im § 115 dem ersten Absatz beizufügen:

Die Auszahlung darf ohne Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde nicht in Wirtschaften oder Verkaufsstellen erfolgen.

2. Als Absatz 2 in § 115 einzufügen:

Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes kann für alle Gewerbebetriebe oder gewisse Arten derselben festgesetzt werden:

1. daß Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, welche nicht länger als einen Monat und nicht kürzer als eine Woche sein dürfen;

2. daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Bescheinigung über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird;

3. daß die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mitteilung von den den minderjährigen Arbeitern gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben.“

„Also Gewalt gegen fromme Klosterfrauen,“ rief die Priorin.

„Seid ohne Sorge,“ sagte spöttisch der Junker. „Euch geschieht keine Gewalt. Man will Euch keinen Mann aufzwingen. Wenn jetzt alles weltlich wird, so werden die Mannsleute viel eher Furcht haben, man könnte Einen ausführen und ihn zwingen, Euch selbst zum Ehegatten zu nehmen! Der liebe Gott behüte uns vor solcher Gewalt!“

Ein Gelicher, das zum schallenden Gelächter ward, ging unter den Schwestern los; die Priorin aber ward bald roth und bald bleich.

„So stürzet Alle häuptlings in den Sündenpfuhl,“ sprach sie drohend; „der Tag wird kommen, da man Rechenschaft fordert von Euren armen Seelen. Aber ich werde hier aushalten bis ans Ende; ich werde das Kloster nicht verlassen.“

„Bis die Knechte eines hohen Raths kommen und Euch austreiben,“ sprach Hans Krebs. „Glaubt Ihr, daß ein Blitz vom Himmel dazwischen fährt?“

„Vielleicht!“ sagte Katharina Eulerin ingrimmig. „Aber wir wollen hinaus aus diesen düsternen Mauern,“ sprach das Freifräulein Gutta von Selbened, eine zierliche, frische und rosige Erscheinung mit frankelnden schwarzen Augen und einem zierlichen Stumpfnäschen. „Ich will im goldenen Sonnenschein wandeln mit meinem Hans und will ihm die Brieflein nicht mehr über die Mauer werfen. Ich will hinaus mit meinem Hans und will sein ehelich Weib werden. Ja, ich will hinaus mit meinem Hans!“

Und sie eilte hin zu Hans Krebs und schmiegte sich an ihn, zärtlich und stehend zu ihm aufschauend.

Eine Bewegung entstand unter den Klosterfrauen. „Ich will meinen Adam nicht mehr durch den unterirdischen Gang“ besuchen; hier oben ist's schöner und was geht mich am Ende der heilige Dominikus an?“ rief das Fräulein von Staudt, und fiel dem Junker Adam von Stein, der hinter ihr stand, jauchzend in die Arme.

„Die unterirdischen Gänge unter dem Dominikanerkloster, dem heutigen Pentament, sind in neuerer Zeit bloßgelegt worden.“

a) Dem ersten Absatz des § 115 als besonderen Absatz zuzufügen:

„Lohnnebehaltungen, welche von den Gewerbe-Unternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihm aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens ausbedungen werden, dürfen bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrage den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen.“

b) Den Absatz 2 des § 115 als besonderen § 115a anzunehmen, dabei aber dem ersten Satz folgende Fassung zu geben:

§ 115 a.

„Die Gewerbetreibenden dürfen den Arbeitern keine Baaren Kreditiren. Die Verabsolgerung“ (unverändert Absatz 2 des § 115).

Für die reaktionäre, seitens der Arbeiter einfach unannehmbar Bestimmung in Ziffer 2 (Lohnzahlung an die Minderjährigen betreffend) stimmt auch der freisinnige Abgeordnete Gutfleisch!

Die Anträge auf Streichung des Wortes „durchschnittlich“ werden abgelehnt und dann § 115 mit obigen Zusätzen und der neu eingeschobene § 115 a angenommen.

Unverändert gelangen zur Annahme die §§ 116, 117, 118 und 119.

Zu § 120 (Fortbildungsschulen) Abs. 1 beantragen Hartmann, Kleist-Nehow, Hise und Stumm:

1. In der ersten Zeile von Absatz 3 vor „Arbeiter“ das Wort „männliche“ hinzuzufügen.

2. Dem 3. Absätze folgenden Satz hinzuzufügen:

Die Gemeinde-Fortbildungsschule sind die jungen Leute nur dann zu besuchen gehalten, wenn sie keine von der höheren Verwaltungsbehörde anerkannte Innungs-, Fach- und Fortbildungsschule, oder eine sonstige von der höheren Verwaltungsbehörde genehmigte Fortbildungsschule besuchen.

Hierzu hält Herr v. Kleist-Nehow eine große „christlich-evangelische“ Rede gegen weibliche Fortbildungsschulen und für die sogenannten Fachschulen der Innungen.

Schmidt beantragt, den zweiten Satz im Absatz 1 zu streichen und dafür zu setzen: „Für Arbeiter, welche Fortbildungsschulen besuchen, ist die Arbeitszeit derart zu ordnen, daß die im § 136 vorgeschriebenen Pausen nicht beeinträchtigt werden und daß die Summe der Arbeitsstunden und der Schulstunden innerhalb sechs Wochentagen die Zahl 60 nicht übersteigt.“

Beh. Rath Lohmann ist dagegen, weil das Kleinergewerbe dadurch zu sehr belästigt würde.

An der Debatte betheiligen sich Böllmer, Schmidt, Gähle, v. Puttkamer, Hise, Möller. Handelsminister v. Berlepsch konstatirt, daß in Preußen das Fortbildungsschulwesen hinter anderen, namentlich hinter den süddeutschen Staaten zurückstehe, woher es auch komme, daß in Preußen das Kunsthandwerk nicht den Aufschwung genommen habe wie in anderen Bundesstaaten. Aus zahlreichen behördlichen Bescheiden bringt er zum Vortrag, daß der Hauptwiderstand gegen den Besuch der Fortbildungsschulen von den Kleinmeistern ausgehe, welche eine Weiterbildung der Lehrlinge aus Konkurrenzgründen und weil sie die Arbeitskraft der jungen Leute möglichst ausbeuten wollen, nicht wünschen. Der Unterricht müsse deshalb unter allen Umständen obligatorisch werden, man dürfe aber, um die Durchführung zu ermöglichen, die Sache den Gemeinden nicht allzu sehr erschweren. Als solche Erschwerung sei aber die gänzliche Streichung des Sonntagsunterrichts anzusehen, wie er in dem Antrag Schmidt enthalten ist. Die Angriffe Kleist-Nehow's auf Haushaltungs- und weibliche Fortbildungsschulen weist er zurück, ebenso dessen Lobpreisungen der „Innungsschulen“. Die Innungen ständen zu seinem Bedauern nicht auf der Höhe, in ihren „Fachschulen“ etwas Ordentliches zu leisten. Was sie bieten, ist durch aus ungenügend.

Bei der Abstimmung wird der konservativ-liberale Antrag, den Schlußsatz zu fassen: „Der Unterricht darf nicht am Sonntage vor dem Hauptgottesdienste oder während desselben stattfinden“ mit 15 gegen 10 Stimmen angenommen, ebenso

„Und ich will nicht mehr hinter dem trübseligen Gitter auf die Lieder lauschen, die mein Nikolaus mir draußen, bei Sturm und Wetter, vor der Klostermauer in der Todtenweh singt. Ich will hinaus; unter der alten Eiche im Garten meines Waterhauses soll er mir singen.“

So rief Mechtild Begold und eilte, sich dem freudestrahlenden jungen Rathsherrn Schertling anzuschließen.

Katharina Eulerin, die würdige Priorin, stand wie erstarrt.

Ihr Blick belebte sich wieder und flog von einer der Sünderrinnen zur andern. Die Mädchen erschauerten unter dem stehenden Blick der stahlgrauen Augen und welche von ihnen einen Geliebten, Freund oder Beschützer im Konvents-saal hatte, schmiegte sich eng an seine trauerte Seite.

„Deuchlerinnen!“ zürnte die Priorin. „Während Ihr also mir ins Gesicht schön thatet und Euch stelltet, als sei des heiligen Dominikus Zucht und Ordnung von Euch geachtet, brachtet Ihr schände Euer Gelübde und triebet Euch in Buhlschaften umher. O daß ich solchen Tag erleben mußte!“

„Wir freuen uns dieses Tags, da einmal die lichte Sonne in des Klosters Dunkel scheint“, sagte der junge Begold, der ein glühender Anhänger der Volksache war.

Die Stimme der Priorin aber erhob sich zum Reifen.

„Wahrst Eure Junge, junger Herr!“ rief sie drohend. Aber der Junker lachte.

Die frischen Lippen Eurer Damen können nicht auf die Kisse des heiligen Dominikus warten“, spottete er, „und der Klosterwein darf auch nicht zu alt werden, sonst verliert er sein Feuer. Uebrigens hält' ihn der alte Schleicher dort“ — er deutete auf den Klosterförster — „auch wohl aufgehoben. Was von seiner Nase leuchtet, ist auch kein Heiligenschein.“

„Pösterer!“ strafte die Priorin. „So redet man nicht im Kloster.“

Drob erbot sich wiederum Mechtild Begold, des Junkers Schwester.

(Fortsetzung folgt.)

der Antrag auf Beifügung des Wortes „männlich“, desgleichen der oben erwähnte Kleist-Nehow'sche Antrag, betreffend die Bevorzugung der Innungsschulen und der Kompromißbeifügung zu Abs. 3: „Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes“. Die anderen Amendements sind damit gefallen. Der ganze § 120 wird hierauf mit diesen reizenden „Verzierungen“ mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Um 1¼ Uhr Vertagung der Sitzung auf morgen 10 Uhr.

Das Organ des Abg. Eugen Richter konstatirt mit gehobelter Verwunderung, daß Bebel's Buch über „Die Frau“ von sozialdemokratischen Rednern desavouirt werde. Ob denn wohl jemals eine politische Partei daran gedacht, eine umfangreiche Schrift eines Parteigenossen mit allen ihren Einzelheiten als für die Partei verbindlich hinzustellen? Richter stellt sich, als ob er den Unterschied zwischen einem Parteiprogramm und einer einzelnen Agitationschrift bezw. Studie nicht verstände. Er muß sein Publikum doch für sehr dumm halten. Endlich phantastirt Richter, da das Bebel'sche Buch jetzt nirgends zu haben sei, so beabsichtige man wohl, es verschwinden zu lassen. Herr Richter scheint mit der Zeit das Vermögen der Unterscheidung zwischen Wirklichkeit und Einbildung ganz abhandeln zu können.

Behebung des politischen Vereins- und Versammlungsrechts in Mecklenburg-Strelitz: Die Strelitzer Regierung hat unter dem 20. November beim Strelitzer Landtag beantragt, das berühmte Mecklenburg-Schwerinsche Vereins- und Versammlungsrecht auch auf Strelitz auszudehnen. Dieses sogenannte Vereins- und Versammlungsrecht stammt aus der ersten Reaktionszeit. Die folgende Verordnung trägt das Datum vom 27. Januar 1851 und lautet:

1. Die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen zu politischen Zwecken oder die Bildung von Vereinen zu politischen Zwecken darf nur mit Genehmigung unseres Ministeriums des Innern geschehen.

2. Dasselbe ist ermächtigt, diejenigen jetzt vorhandenen politischen Vereine, von deren Wirksamkeit ein nachtheiliger Einfluß auf die Ruhe und den inneren Frieden des Landes zu besorgen ist, sofort zu verbieten und alle zu deren Auflösung erforderlichen Maßregeln zu treffen.

Zu dieser Verordnung ist noch eine solche vom Jahre 1877 gekommen, welche auch für die nach dem Reichswahlgesetz zulässigen Wahlvereine Namensangabe der Mitglieder und des Vorstandes sowie Mittheilung der Statuten an die Ortspolizei-Behörden verfügt.

Nieder mit der Arbeiterorganisation, das ist die Parole der herrschenden Parteien in Deutschland. Eine schamlos wüste Propaganda des Unternehmertums fordert die Befestigung oder mögliche Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

Diesem Triebe gegenüber sei hingewiesen auf das Urtheil, welches ein ebenso kompetenter wie unparteiischer Mann, einer der bedeutendsten Volkswirtschaftler Amerikas, Richard L. Ely in einem soeben erschienenen Buche über die „Arbeiterbewegung Amerikas“ zu Gunsten der Arbeiterorganisation gefaßt hat. Da heißt es u. A.:

Können die Arbeiterorganisationen die Zustände der Arbeiter verbessern? Allerdings. In ersterem Maße. Denn die Arbeitervereinigungen befähigen ihre Mitglieder, das Arbeitsangebot zeitweise dem Markt fernzuhalten und bessere Bedingungen abzuwarten. Durch sie wird also die Arbeit erst in Wahrheit ein Gut und der Arbeiter ein Mensch. Die Organisationen unterstützen ihre Mitglieder bei der Arbeitsuche mit Rath und That, durch ihre Zeitungen mit Anknüpfungen über Angebot und Nachfrage, sowie durch Reisegelder. Sie halten auch bei sinkender Nachfrage die Bühne möglichst auf der vorher üblichen Höhe und sichern dadurch den „standard of life“ (Lebenshaltung) der Arbeiter. Sie unterstützen die Arbeitslosen. Sie erwecken in allen ihren Angehörigen Rücksichtnahme auf die Wohlfahrt der Anderen, Solidaritätsgedühl und Pflichtbewußtsein. Sie verhindern ungeordnete, planlose Streiks und vermindern die Zahl der Arbeitseinstellungen überhaupt. Und eine fast gleich bedeutsame Rolle wie als Regulator des Arbeitsmarktes spielen die Arbeiterorganisationen als Bildungselemente. Richard L. Ely weist ihnen bezüglich ihres Einflusses auf die Kultur der Massen die nächste Stelle an Wirksamkeit nach den Kirchen und öffentlichen Schulen bei, vor denen sie überdies noch die Entwicklung der gesammten Persönlichkeit voraus haben, in allen ihren Beziehungen zur Ethik (Sittlichkeit), zur Gesellschaft, zur Politik und zu den individuellen Anlagen. In den Arbeitervereinen, im Verkehr mit seinen Anossen, gelangt der Arbeiter erst zum Gefühl und zur Erkenntnis seiner Interessen. Er lernt die Bibliotheken benützen, lernt seine Gedanken formuliren und aussprechen. Auf diese Weise stellen die Arbeiterorganisationen eine erspriessliche Vorkurs für das praktische öffentliche Leben und die Theilnahme an politischen Dingen dar. Außerdem entzieht den Arbeiter eine solche würdige Beschäftigung seiner Fähigkeiten den Verführungen des Trunkes. Die Arbeiterorganisationen Amerikas gehen soweit, daß sie Trunkenbolde statutarisch ausschließen. Selbst eine größere Höflichkeit der Sprache und die wohlthätige Art, sich zu geben, muß den Angehörigen der Arbeiterverbindungen nachgerühmt werden. Auch der Anfang zur Begründung erfolgreicher Kooperationsgenossenschaften wird sich lediglich im Durchgangsweg durch die beruflichen Arbeiterorganisationen erreichen lassen.

Ely rühmt von den Organisationen ferner, wie förderlich sie dem Versicherungswesen sich erweisen, wie energisch sie den gewerblichen Schiedsgerichten vor- und in die Hände gearbeitet haben, wie sehr sie demnach als ein Element des friedlichen Fortschritts anerkannt werden müssen.

Zur Verantwortlichkeit der Redakteure, Verleger und Drucker hat die Strafkammer in Stolp entschieden, daß in Fällen, wo der sogenannte loslöse Theil eines Blattes an anderer Stelle gedruckt wird, auch dieser Drucker auf dem Blatte namhaft zu machen ist. Drucker sei derjenige, in dessen Offizin, nicht derjenige durch dessen manuelle Thätigkeit die Druckschrift hergestellt worden ist.

Frankfurt a. M. Gegen unsern Genossen, den Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Hoch, schweben mehrere neue Anklagen. Wegen angeblich in einem Artikel über seinen letzten Prozeß gebrachter Beleidigungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichts wurde Hoch abermals in Haft genommen.

München, 28. November. Der Zeugnisschwang-Paragraph hat wieder einmal ein Opfer gefordert. Unser Bruderorgan, die „Münchener Post“, hatte eine harmlose Aeußerung über das Referat eines Beamten in der Fleischfrage gemacht, ohne jedoch den Namen des Beamten oder den Dienstort oder irgend sonst eine nähere Bezeichnung beizufügen. Trotzdem wurde der für den lokalen Theil verantwortliche Redakteur Schwab vom Amtsgericht München I vorgeladen, und da er natürlich jede Auskunft verweigerte, zu 100 Mark eventuell 10 Tage Haft verurtheilt.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

Herrn A. F., Falkenberg. Der Artikel ist richtig angekommen und wird veröffentlicht werden. Die Aufträge für die Expedition sind dieser übermittelte worden.

Theater.

Mittwoch, den 3. Dezember.
 Opernhaus. Sinfonie-Abend.
 Schauspielhaus. Die Anna-Lise.
 Festung-Theater. Die Ehre.
 Berliner Theater. Kauf.
 Deutsches Theater. Kauf's Tod.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Königsgardist. Sonne und Erde.
 Wallner-Theater. In Hemdsärmeln.
 Pension Schöller.
 Residenz-Theater. Der Kampf ums
 Dasein.
 Viktoria-Theater. Die sieben
 Raben.
 Sellenkianze-Theater. Einer von
 uns're Deut.
 Ostend-Theater. Die Grille.
 Thomas-Theater. Der Soldaten-
 freund.
 Adolph Ernst-Theater. Unsere
 Don Juans.
 Bürgerliches Schauspielhaus. Der
 Eisonkel.
 Kaufmann's Variété. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
 Theater der Reichshallen. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Concordia. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.
 Gebr. Richter's Variété. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Wintergarten. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andross, Alexander-
 straße 27c.
 Clara Conrad, Pieder- und Walz-
 sängerin.
 Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
 Mr. Samitti mit seinen dressierten
 Hunden.
 Mr. O. Worch, Produktionen an
 römischen Wingen.
 Max Menzel, Gesangs-Soliste.
 Mr. Koberstein, Malabarist.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf
 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
 Grosses Concert.
 Direktion A. Hödman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pfg.
 Entrée Sonn- und Festtags 25 Pfg.
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweiliche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
 Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor
 G. Sanjleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards,
 8 Kegelbahnen und einen Saal zu Ver-
 gnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/23. [742
 Lebensgroße
 Wachfiguren.
 Dioramen.
 Panoramen.
 Ethnographische
 Sammlungen.
 Italienische
 Volkslieder.
 Entrée 50 Pf.
 Geöffnet von
 10 bis 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Entrée 50 Pfg.,
 Kinder 25 Pfg.
 8, 9 Uhr Morgens
 bis 10 Uhr
 Abends.
 Vorstellung
 Bonn. 11 1/2 u.
 12 1/2 Uhr.
 Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr
 ständl. eine Vorstellung.
 Extra-Entrée 30 Pfg.
 Kinder frei.

Amazonen-Comps

23 Amazonen, 10 Ritter aus Japanen.
 Vorstellung
 Bonn. 11 1/2 u.
 12 1/2 Uhr.
 Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr
 ständl. eine Vorstellung.
 Extra-Entrée 30 Pfg.
 Kinder frei.

Rohtabak A. Goldschmidt,

am hiesigen Plage belanntlich
 Größte Auswahl. Garantiert
 scharf brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Rohtabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Lade'schen Markt. [746

Gesangverein

sucht stimmbeg. Herren. Jeden Freitag
 Zwienmünderstr. 70, Restaurant. [1826

Circus Renz.

Karlstraße.
 Mittwoch, den 3. Dezember,
 Abends 7 Uhr:
 Gesetzl. geschützt! Gesetzl. geschützt!
Im dunklen Erdtheil.
 (Einnahme von Bagamoya.) Große
 equestrierte Original-Pantomime, dem
 afrikanischen Leben entnommen, arrang.
 und in Scene gefest vom Dir. E. Renz.
 Außerdem wird besonders hervorge-
 hoben: Mr. J. F. Clarke, der phäno-
 menale Reitskünstler. Das Blumen-
 pferd Jagar, vorgeführt von Fräul.
 Oceana Renz. Agat, Schimmelhengst,
 dreif. und vorgeführt von Herrn Fr.
 Renz. Colmar, ger. v. Fräul. Clotilde
 Hager. Fahnenquadrille, geritten von
 16 Damen. Wm. Adele, Parforce-
 reiterin. Mr. Burn. Jillis in seinen
 Saltomortales auf ungefalteten Pferde.
 Auftreten d. berühmten Luftgymnastikers
 Mr. Rodgers. Komische Entree's und
 Intermezcos von sämtlichen Clowns.
 Morgen Abend 7 Uhr: Vorstellung.
 E. Renz, Direktor.

Achtung! Achtung!

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Str.
 Mittwoch, den 3. Dezember,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Große Brillant-Vorstellung,
 bestehend aus 12 der besten Repertoire-
 Nummern zusammengef. Programm.
Gr. Sensation der Neuzeit!
 Mit großen Kosten und Schwierigkeiten
 direkt von London engagirt.
Nur 20 Aufführungen.
 Zum 1. Male:
 In Berlin noch nicht dagewesen!
 Wunderbares u. überraschend komisches
 Land- und Wasser-Schauspiel:
**Eine
 ländliche Hochzeit.**
 Große komische, equitrierte Pantomime
 mit Ballet, arrangirt vom Direktor
 G. Schumann. In Scene gefest und
 Maschinerien von Broders Mansell.
 Ballet vom Balletmeister A. Kihlberg.
Nachtürliches Wasser.
**Natürliche Ruderboote u. Dampf-
 boote.** — Gr. Heiterkeitserfolg.
**Ein Triumph der Nachahmung
 des Natürlichen.**
**150 Tonnen Wasser überfluthen in
 einer Minute die Manege.**
Specialität.

Die Wassernymphen,

dargestellt von den bestrenommierten
 Schwimmkünstlerinnen Geschw. Boyce,
 sowie Miss Jackson u. Percival.
 Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem
 Programm.
 Zum 2. Male:
Eine ländliche Hochzeit.
Der Circus ist gut gekürzt!

Neu. City-Passage. Neu.

Dresdener-Strasse 52.
 1815 Täglich:
Rudolf Förster-Konzert.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 20 Pf.

City-Passage.

City-Concert-Haus,
 Dresdenerstr. 52.
 Der 1000-1200 Personen fassende
 Saal ist Vereinen nachmittags bis
 5 Uhr und sonntags vormittags unent-
 geltlich zu vergeben. 1816
 Freundliche Bedienung.
Pfefferberger Bier.

Geschäftshaus S. Heine

Chausseestr. 14.
 Die schönsten
Kinderkleider und -Zacken
 für Mädchen jeden Alters, sowie
**Morgenröcke, Unterröcke,
 Trikottailen u. Blousen,**
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Nachbestellungen u. Reparaturen
 werden prompt erledigt!
 Normal-Unterkleider und Trikot-
 tagen für Herren, Damen und
 Kinder. Strümpfe, Socken, Hand-
 schuhe etc.
Geschäftshaus S. Heine.

Kalauer Abendrot.

Jeden Abend: 128
 Bellkartoffeln mit Weinöl.
Breslauer Strasse 27.
 Restaurant zum Ambos.

Soeben erschien

Der wahre Jacob

Nr. 114.
 Zu beziehen durch die Expedition
 Beuthstraße 3.

Gelegenheitskauf!

Seidenartiger Sumatra, tadello's in
 Farbe und Brand, deckt f. m. 1 1/2 bis
 2 Pfund à M. 3.— [997

Zum heutigen Diebstahle unseres

Kollegen Adolph ein dreimal donnern-
 des Hoch! Adolph, Einen können wir
 noch nehmen! 1807

Dankagung.

Dem Vorstande des Vereins der
 Former, sowie sämtlichen Mitgliedern,
 welche den Geburtstag meines ver-
 storbenen Mannes durch Niederlegung
 der prachtvollen Kränze in so ehren-
 voller Weise gedachten, sagt herzlich
 und aufrichtigen Dank. [1805
Wittwe Ernestine Rieger.

Deutscher Schneider- u. Schneide-

rinnen-Verband, Fil. Berlin N.
 Donnerstag, den 4. d. Mts.,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 in Keller's Festsaal, Bergstr. 68:
Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag. Naturgesetze und Men-
 schenrechte. Ref. Fr. Wabnitz.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Gäste haben Zutritt. 1819
Die Lokal-Verwaltung.

Donnerstag, den 4. Dezember,

Abends 8 1/2 Uhr, Weinstraße 11 bei
Polnd: Delegirten-Versammlung
der Tabakarbeiter und
-Arbeiterinnen. Tagesordnung:
 1. Der Ausschuss der Tabakarbeiter in
 Hamburg, Altona, Ottensen, Wandsbek
 und Schwede. 2. Verschiedenes.
 1828 **Die Kommission.**

Achtung Böttcher!

Die für Donnerstag, den 4. Dezember,
 angekündigte öffentliche Böttcher-
 Versammlung findet Umstände
 halber erst **Dienstag, 9. Dezember,**
 Abends 8 1/2 Uhr, in Heise's Salon,
Sichtenerstraße 21, statt. [1812

Allgem. Arbeiterinnen-Verein

sämtlicher Berufsweige
 Berlins und Umgegend.
 Filiale Norden.
 Mittwoch, den 3. Dezember,
 Abends 8 Uhr:

Große öffentl. Versammlung

bei Nürnberg, Schönhauser Allee 28.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Pöns über:
 Karl Marx über Frauen- und Kinder-
 arbeit. 2. Diskussion. 3. Aufnahme
 neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
 Tellerfassung findet statt. Herren
 als Gäste haben Zutritt.
 1824 **Die Einberuferin.**

Orts-Krankenkasse

Kürschner.

Donnerstag, den 4. Dezember,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Sättrich, Gollnowstr. 3:
General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl von Vorstandsmitgliedern und
 einer Kommission zur Prüfung der
 Rechnungen pro 1890. — Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Er-
 scheinen ersucht 1820

Der Vorstand.

J. A. Wilh. Sander.

Hierd. erkl. ich, daß der Tischler Friß

Saal kein Spiegel ist. Charl. Schmidt.

Winter-Paletots

und Anzüge
 bei billigen Preisen
 empfiehlt das belannte
**Herren- und Knaben-
 Garderobe-Geschäft**
 von 425
Julius Lindenbaum
 Große Frankfurterstr. 139.
 Spezialität: Anfertigung nach
 Maß und Arbeitsfachen.
 (Bitte genau auf Firma und
 Hausnummer zu achten!)

Gefärbt wird

für 1,25 M. in allen Farben eine Waffel-
 Bettdecke. Lieferzeit 48 Stunden.
A. Pergandé,
 Hauptgeschäft: Waldemarstr. Nr. 52.
 Göllicherstr. 43. 1817
 Reinickendorferstr. 12.

Rohtabak!

Beste Auswahl sämtlicher Sorten,
 beste Auswahl, billigste Bedienung.
Gelegenheitskauf!
 Seidenartiger Sumatra, tadello's in
 Farbe und Brand, deckt f. m. 1 1/2 bis
 2 Pfund à M. 3.— [997

Eberhard Herz,

Prinzen-Strasse 38.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Mittwoch, den 3. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
 im gr. Saale des Restaurant Königshof, Bülowstr. 38-40.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. Referent Herr Kessler, Regierungs-Baumeister a. D.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet eine Teller-
 sammlung statt. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
 940 **Der Einberufer.**

Große öffentl. Versammlung sämtlicher Fabrikarbeiterinnen

am Donnerstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Vereinshaus Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
 Tages-Ordnung: 1. Die Frau in der Industrie. Referent wird in
 der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Wie verhält sich Herr
 Mengels seinen gemahregelten Arbeiterinnen gegenüber? 4. Verschiedenes.
**Das Erscheinen sämtlicher Fabrikarbeiterinnen ist
 notwendig.** — Herren haben Zutritt.
 Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt.
Die Agitations-Kommission. 1890

Große öffentliche Versammlung der Eisen- und Metalldreher

am Donnerstag, den 4. Dezember cr., Abends 8 Uhr,
 bei Keller, Bergstr. 68 (oberer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl eines Delegirten und Stellvertreter zur Berliner Streit-Kontroll-
 Kommission. 2. Wahl eines Delegirten und Stellvertreter zum Provinzialtag
 der Metallarbeiter der Provinz Brandenburg. 3. Verschiedenes. 1814
 Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt. — Um zahl-
 reiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer. Gustav Wegner.**

Große öffentliche Tischler-Versammlung

am Donnerstag, den 4. Dezember, Abds. 8 1/2 Uhr,
 in Joël's Salon, Andreasstraße 21 (großer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zum bevorstehenden Tischler-Kongress in
 Hannover. Ref. Th. Glocke. 2. Diskussion. Wahl der Delegirten zum
 Kongress. 3. Bericht der Delegirten der Berliner Streit-Kontrollkommission.
 Zahlreiches Erscheinen aus allen Bezirken Berlins notwendig.
 1825 **Der Einberufer.**

Zimmerleute Berlins u. Umg.

Öffentliche Versammlung
 am Sonntag, den 7. Dezember, Vormittags 10 Uhr,
 im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.
 Tagesordnung:
 1. Zweck und Ziele der freien Hilfsklassen gegenüber den Ortsklassen.
 Referent Herr Oscar Niemeyer-Hamburg. 2. Diskussion.
 Das Erscheinen sämtlicher Zimmerleute ist erforderlich.
 1808 **Der Einberufer.**

Öffentliche Versammlung der Maurer von Steglitz und Friedenau

am Mittwoch, den 3. Dezember, Abends 8 Uhr,
 im Kurhaus zu Friedenau.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zur Gründung eines Vereins. 2. Wahl eines provi-
 sorischen Vorstandes. 3. Verschiedenes. Referent wird in der Versammlung
 bekannt gemacht. 1813
 Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Große öffentliche Versammlung der Graveure und Ciseleure

am Donnerstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße 48 a.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Regierungs-Baumeisters a. D. Heßler. 2. Diskussion.
 3. Bericht der Agitations-Kommission. 4. Bericht der Delegirten der Berliner
 Streit-Kontrollkommission. 5. Verschiedenes. 1810
Der Einberufer.

Berlag des „Berl. Volksblatt“

Berlin SW., Beuthstrasse 3.
Das Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitags

der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
 20 Bogen (320 Seiten) 8°, eleg. broschirt
Preis 50 Pfennige

kommt am 6. Dezember zur Verjendung.
 Die erste, 25 000 Exemplare starke Auflage ist durch
 Voransbestellungen nahezu absorbiert.
 Wir bitten überall da, wo es noch nicht geschehen, um Voraus-
 bestellung; die Expedition stellt nach der Reihenfolge
 des Einganges derselben.
 Von 20 Exemplaren ab ist der Nettopreis à 40 Pfg. ercl.
 Porto resp. Fracht und bitten wir, zur Vereinfachung des Geschäfts-
 ganges, den entfallenden Betrag thunlichst der Bestellung beizufü-
 gen.
 Das Postporto beträgt für 1 Exemplar 20 Pfg., 2 u. 3 Exemplare
 30 Pfg., mehr bis zu 20 Exemplaren per Postpaket 50 Pfg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

83. Sitzung vom 2. Dezember. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Caprivi, v. Boetticher, v. Falkenhahn, v. Marschall, Vizeadmiral Hollmann, Kriegsminister v. Kaltenborn, v. Dehlschlager und Andere.

Präsident v. Loeckow theilt mit, daß das Präsidium aus Anlaß der Vermählung der Prinzessin Viktoria mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg dem Kaiser und der Kaiserin Friedrich die ehrerbietigsten Glückwünsche des Reichstages dargebracht habe. Se. Majestät der Kaiser habe ihn beauftragt, dem Reichstage zu danken; einen gleichen Auftrag habe er von der Kaiserin Friedrich erhalten.

Dem verehrten Mitgliede des Reichstages, dem Senior des Hauses, dem Grafen Moltke, hat das Reichstagspräsidium zum 80. Geburtstag die Glückwünsche des Reichstages dargebracht; der Glückwunsch ist in freundlicher Weise angenommen worden. Nicht minder wird der Reichstag damit einverstanden sein, daß das Präsidium dem langjährigen früheren Präsidenten des Reichstages, dem Präsidenten des Reichsgerichts v. Simson, zu seinem 80. Geburtstag die Glückwünsche des Reichstages dargebracht hat.

Verstorben sind seit der letzten Sitzung die Abgg. Grab, Bismarck, Witt und Stöhr; das Haus ehrt ihr Andenken in der üblichen Weise.

Die Abgg. Scheffer und v. Schorlemer-Alt haben ihr Mandat niedergelegt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reich.

Staatssekretär v. Bötticher: Es ist ein günstiges Omen für die Wiederaufnahme der Arbeiten des Reichstages, daß es sich hier um einen Gesetzentwurf handelt, der die ungetheilte Zustimmung aller Parteien findet. Ich möchte wünschen, daß die übrigen Vorlagen mit gleich ungeheilter Theilnahme aufgenommen würden. Die Nachricht von dem friedlichen Erwerb dieser Insel hat überall im Deutschen Reich großen Beifall gefunden.

Der Erwerb der Insel brachte die Erfüllung eines Wunsches, der von vielen Mitgliedern der Nation seit langen Jahren gehegt wurde, daß auf dieser Insel, welche vor der Wüsthung zweier wichtiger deutscher Ströme liegt, auch die deutsche Flagge wehen möge. Wenn ich auch nicht verkennen will, daß die erste Nachricht von der Einverleibung der Insel in Deutschland auf der Insel selbst mit getheilten Gefühlen aufgenommen wurde, wenn ich damals den Eindruck empfing, daß damals mit einer gewissen Sorge in die Zukunft gesehen wurde, weil die deutsche Wehrpflicht und die deutschen Steuern im Auslande gefürchtete Dinge sind, und weil man sich erst daran gewöhnen muß (Heiterkeit), so muß ich doch sagen, daß nach dreimonatlicher Verwaltung seitens Deutschlands die Helgoländer dank dem Eindruck, welchen die Anwesenheit des Kaisers bei der Besitzergreifung hervorgerufen hat, gern und freudig in den neuen Staat eingegliedert sind. Ich muß hierbei den Dank der Reichsregierung aussprechen für die wohlwollende freundliche Unternehmung seitens der großbritannischen Regierung, welche auf die deutschen Wünsche bezüglich des Ueberganges bereitwilligst eingegangen ist. Ich habe persönlich meinen Dank auszusprechen dem letzten Gouverneur der Insel, den leider schon der Kaiser dankbar, daß er den Intentionen seiner hohen Regierung entspre-

chend mir als Bevollmächtigten entgegengekommen ist und der deutschen Verwaltung das Terrain ebnete, daß sie sofort und ohne Störung in ihre Thätigkeit eintreten konnte. Der Kaiser hat namens des Reiches die Insel übernommen und aus dieser Thatsache ergab sich, daß zunächst die Verwaltung vom Reich übernommen werden mußte. Dabei konnte es indessen nicht bleiben. Man hat sich den Kopf zerbrochen, man meinte, erst müsse Helgoland in Preußen einverleibt werden, dann werde sich das andere finden. Wir sind anderer Meinung gewesen; das Reich ist im Besitz der Insel, das Reich muß die weiteren Vorschriften treffen. Die weitere Frage war: Soll Helgoland ein selbstständiges Staatswesen bilden wie die Reichslande, oder soll es einem deutschen Staate angeschlossen werden? Wir glaubten, die Frage dahin beantworten zu müssen, daß die Insel einem deutschen Staat anzuschließen sei, weil dadurch ohne Aufwand von besonderen Apparaten die Verwaltung erfolgen kann.

Die Geschichte der Insel, welche bis 1807 einem deutschen Lande angehört hat, weiß darauf hin, sie diesem Lande wieder zuzugehren. Wir schlagen vor, daß Helgoland dem preussischen Staate überwiesen wird. An der Bereitwilligkeit Preußens und seiner leitenden Faktoren, die Insel in sein Staatswesen aufzunehmen, wird Niemand in diesem Hause zweifeln. Die Begründung der übrigen Vorschriften ist ausführlich gegeben.

Die Insel konnte in das Zollgebiet nicht aufgenommen werden; deshalb mußte ein Aversum für sie festgelegt werden; die Wehrpflicht blieb ausgeschlossen für die lebende Generation, wodurch eine wesentliche Schwächung der deutschen Wehrkraft wohl nicht entstehen wird. Die Insel soll einem preussischen Wahlkreise zugelegt werden und schließlich sind die baupolizeilichen Vorschriften wegen der Reichskriegshäfen eingeführt worden. Ich hoffe, daß Helgoland unter deutscher Verwaltung einer recht glücklichen Zukunft entgegengeht. (Beifall.)

Abg. v. Benda: Ich habe Helgoland seit 50 Jahren mehr als 50 Mal besucht und habe immer dabei das Gefühl gehabt, Helgoland müsse wieder deutsch werden. Ohne finanzielle Opfer wird der Anschluß Helgolands an das Reich nicht vollzogen werden können; aber man darf diese Opfer nicht unterschätzen. Die Wehrpflicht ist für Helgoland bezüglich der lebenden Generation nicht eingeführt; aber ich hoffe und die Helgoländer selber hoffen es, daß ihre Söhne als Soldaten freiwillig in das Heer eintreten werden. Es ist den Helgoländern die Option für England freigestellt worden, aber von dieser Freiheit ist von keinem einzigen Helgoländer Gebrauch gemacht worden. Ein Nachtheil ist es nicht, daß die bestehenden Rechtsverhältnisse aufrecht erhalten werden. Ich habe mehrere Trauungen nach dortigem Rechte erlebt und kann bestätigen, daß sie zu den besten Ehen geführt haben. Ich wünsche, daß man die Wohlfahrtsrichtungen noch verbessert; es ist auf der Insel und auf der Düne, sowie im Verkehr mit der deutschen Küste noch viel zu thun. Die Beamten, welche auf der Insel angestellt werden, müssen so gestellt werden, daß sie auch dort leben können. Denn Helgoland ist sehr theuer, und die Beamten liegt eine sehr große Pflicht der Repräsentation ob. Die Beamten müssen dieselben bleiben, wenn der Kurort Helgoland seine Bedeutung behalten soll. Ich kann nur bitten, daß Sie mit Freuden dieser Vorlage zustimmen. Gott sei Dank, daß Helgoland wieder deutsch ist. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Ich kann auch nur wünschen, daß der Erwerb der Insel zum Segen für dieselbe und für ihre Bewohner gleich gerecht. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen, das gehört in die zweite Lesung. Ich kann nur wünschen, daß die Wohlthaten und Rechtsverhältnisse nach jeder Richtung hin gesichert werden; alle berechtigten Eigentümlichkeiten müssen erhalten werden. Das ist in Preußen leider nicht geschehen

(Heiterkeit); so beabsichtigt man in Preußen die wohlgeordnete hannoversche Schuleinrichtung von Grund aus umzustürzen. (Heiterkeit.) Es ist nur angemessen, daß die Vorlage nicht von Geldforderungen begleitet ist. (Zuruf: Kommt noch!) Ohne Geld wird es ja wohl nicht abgehen, aber ich rathe, die Sachen so einzurichten, daß wir möglichst billig dabei wegkommen. Den Wunsch des Herrn von Benda, den Gouverneur möglichst hoch zu dotiren, kann ich nicht unterschreiben; die Regierung ist ohnehin nicht sehr sparsam bei ihren Gehaltsbemessungen. Für die Erwerbung der Insel müssen wir der Regierung Dank sagen.

Abg. Richter: Der Erwerb der Insel hat eine gewisse internationale Beschränkung unserer kolonialen Bestrebungen zur Folge gehabt. Damit sind wir vollständig einverstanden. Wenn sich noch eine solche kleine Insel in deutschen Gewässern finden sollte, so würden wir Gelegenheit haben, noch einen anderen Theil der deutschen Schutzgebiete mit Anstand los zu werden.

Abg. v. Mantuffel erklärt namens der Deutschkonservativen sich für die Vorlage. Ohne jemals in Helgoland gewesen zu sein, habe er immer das Gefühl gehabt, daß es beschämend sei, daß diese vor den deutschen Flusmündungen liegende Insel nicht deutsch sei.

Abg. Stadthagen (Sozialdemokrat): Ich habe gegen die Vorlage juristische und staatsrechtliche Bedenken und beantrage deshalb, den Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Es ist nicht klar, wer denn eigentlich die Vertragsschließenden seien. Auf der einen Seite zweifellos England, ob auf der anderen Seite die deutsche Regierung oder der Deutsche Kaiser, geht nicht klar aus der Vorlage hervor. Nimmt man an, der Vertrag sei namens Deutschlands abgeschlossen, dann würde Artikel 11 der Reichsverfassung in Anwendung kommen müssen und die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein. Daß die Helgoländer selbst die Zugehörigkeit zu Preußen wünschen, kann ich nicht anerkennen. Der Geschichte nach ist Helgoland nicht mit Preußen resp. Schleswig-Holstein, sondern vielmehr, namentlich in seinen wirtschaftlichen Interessen mit Hamburg und Bremen verbunden, das wird mir auch der alte Badegast aus Helgoland bestätigen. Die Helgoländer wollen Deutsche, aber nicht Preußen sein, ihre Vergangenheit weist vielmehr auf Dänemark zurück. Die Helgoländer haben von dem Anschluß an das Deutsche Reich erwartet, daß ihre wirtschaftliche Lage erheblich verbessert werde. Der größte Theil der älteren Helgoländer würde sehr dankbar sein, wenn diejenigen, welche das Loosengemerk abgelegt haben und als britische Unterthanen dem Loosengewerbe nicht haben nachgehen können, wenigstens nachträglich die Genehmigung erhielten, als Loosler etwas verdienen zu können. Denn die wirtschaftliche Lage der Helgoländer ist nicht weniger als glänzend. Wenn schon der Helgoländer Gouverneur angeblich nicht in guten Verhältnissen leben soll, wieviel weniger die Fischer und Fischer. Ferner müßte den Fischern eine Subvention gegeben werden, damit sie sich größere Fahrzeuge für die Fischerei anschaffen können. Ich nehme das Wort „patriotisch“ nicht gerne in den Mund; es wäre aber im höchsten Grade patriotisch, dafür zu sorgen, daß die wenigen neuen Deutschen, die dazu gekommen sind, in ihrem wirtschaftlichen Erwerb gebessert werden. Das würde nicht so viel Geld kosten, wie der neue Gouverneur in Empfang nehmen wird. Ebenso wäre es im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert, wenn ähnlich wie in Neapel in Helgoland eine zoologische Station zur Erforschung der Meeresfauna errichtet würde. Höchst bedenklich erscheint mir, daß in der Vorlage die Verklammerung des Optionsrechts der Helgoländer erloscht werden könnte. Es ist nicht richtig, daß die Helgoländer ipso jure durch den Vertrag etwa Deutsche geworden seien. Die Helgoländer haben weder Lust, Deutsche, noch Dänen, noch Engländer zu werden, sondern zu bleiben, was sie sind, nämlich Helgoländer. Man hat sie gar nicht gefragt. Es müßte eine reichsgesetzliche Kantele geschaffen werden, daß die Helgoländer bis zu einem Zeitpunkt erklären können, ob sie Deutsche oder Engländer sein wollen, und daß nicht diejenigen, welche nicht für Deutschland optiren, aus ihrem Heimathland vertrieben werden. In der Befreiung von der Militär- und Zolllast sehe ich das Einzige, was auf die Helgoländer günstig gewirkt hat.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Mehrzahl der Wünsche des Vorredners wird erfüllt werden können, wenn die Vorlage angenommen worden ist, wenn die Insel zu Preußen geschlagen wird. Die Helgoländer haben das Vertrauen, daß ihre Interessen von der neuen Regierung, mag das die preussische oder die deutsche sein, wahrgenommen werden. Bezüglich der Option ist Alles vorgesehen; jeder Helgoländer, welcher keine Lust hat, Deutscher zu werden, kann erklären: ich optire für England. Eine besondere Bestimmung herbeizuführen, würde ich nicht für zweckmäßig halten. Auf eine Zugehörigkeit mit Hamburg weist die Geschichte nicht hin, und ein Gesetz, welches diese Insel an Dänemark verweist, können wir im Deutschen Reichstage nicht machen. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Die Verweisung an eine Kommission wird abgelehnt; die zweite Beratung wird also sofort im Plenum stattfinden.

Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1887-88 und 1888-89 werden der Rechnungscommission überwiesen.

In erster Beratung erledigt das Haus den Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts-Stats und des Landeshaushalts-Stats von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1890-91.

Schlus 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Rechnungsvorlagen und Wahlprüfungen).

Parlamentarisches.

Der Abg. von Schorlemer-Alt hat, wie bereits gemeldet, angeklagt wegen Erhaltung, sein Reichstagsmandat niedergelegt. Er vertrat den Wahlkreis Bochum, der in sehr heftigem Wahlkampf dem Zentrum zufiel. Mit einziger Ausnahme der Wahl von 1881 war der Wahlkreis sonst stets von den Abgg. Löwe-Calbe und Haarmann (natl.) vertreten. Bei den letzten Wahlen wurden in diesem Rhein-Wahlkreis im ersten Wahlgang 18 639 nationalliberale, 4998 deutschfreisinnige, 21 889 Centrum- und 8388 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der engeren Wahl siegte Herr v. Schorlemer-Alt mit 29 869 St. über seinen nationalliberalen Gegner mit 28 24 St. Es wird hier jedenfalls wieder einen hitzigen Wahlkampf geben.

Lokales.

Der Zuckersteuer-Entwurf reißt sich in würdiger Weise den anderen Steuerentwürfen an, ein gleiches Glied in der Kette der bisherigen Gesetzentwürfe Miquel'scher Patronanz. Der vornehmste Gedanke des Entwurfs geht darauf aus, den Ertrag der Zuckerbesteuerung von 60 auf 93 Millionen Mark zu erhöhen.

Die Verbrauchsabgabe erfährt eine Erhöhung von 12 auf 22 M. pro Doppelzentner, die Materialsteuer wird aufgehoben.

Sehr interessant ist uns die Begründung des Entwurfs, in der unumwunden zugestanden wird, daß die Ausfuhrprämien den deutschen Zuckerkonsum um 81 413 101 M. verteuern. Diese Summe repräsentirt den Gewinn, den die Zuckerindustrie im letzten Jahre durch die Materialsteuer gemacht hat. Wenn sich die circa 400 Zuckerindustriellen resp. Fabriken in diesen Staatszuschuß theilen, so hat im Durchschnitt jeder der Zuckerproduzenten aus der Reichskasse einen baaren Zuschuß von 78 538 Mark erhalten, die großen Fabriken natürlich entsprechend mehr. Das ist ein großes Geschenk auf Kosten der Steuerzahler und wir begreifen sehr wohl, daß man sich beeilt, den neuen Kurs auch hier einzuführen und mit der Prämienwirtschaft aufzuräumen.

Was wäre nun natürlicher, als daß man dieselbe so schnell wie möglich beseitigt. Doch dazu kann man sich in den Kreisen unserer Regierung nicht entschließen. Die armen Zuckerbarone, die jahrelang in unerhörter Weise die Hilfe des Staates in Form von Geschenken für sich in Anspruch genommen haben, könnten ja das Entziehen dieser Zuwendungen nicht ertragen. Der Staat aber, der in den alten Bahnen nicht gut weiter wandeln kann, kündigt ihnen gewissermaßen die Geschenke auf, und zwar nach fünf Jahren. Man will den Herren ordentlich Zeit lassen, sich langsam an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen. Vielleicht wird man sich allenfalls zuvörderst auf eine Herabsetzung der Ausfuhrprämie verständigen, um den Uebergang nicht allzu jäh zu gestalten.

Die Herren Zuckerindustriellen wehren sich selbstredend mit aller Entschiedenheit gegen diese Bestimmung. Die freikonservativen „Post“ fabulirt von einem Verfall der Zuckerindustrie. Sie jammert, daß die Abschaffung der Ausfuhrprämien und die Erhöhung der Verbrauchsabgaben zugleich die Lebensfähigkeit eines großen Theils der Landwirtschaft unterbinden müsse und kommt zu dem Schlusse, daß Niemand, dem am Gedeihen der Landwirtschaft liege, diesen Weg wandeln könne.

Ja, man hat dann die ursprünglich kleine Zuckerindustrie Deutschlands zu einem großen Exportgewerbe gemacht. Wer hat zur Vergrößerung des Rübenbaues beigetragen, geradezu gedrängt. Der Staat selbst, indem er der Zuckerindustrie großmüthig Geschenke machte. Wenn also heute, wo der natürliche Gang der Ordnung wieder hergestellt werden soll, eine Jeremiade in den Kreisen derer aufgeführt wird, die den ungemessenen Charakter der Zuckerindustrie selbst herbeigeführt haben, so hat das etwas Ergötzliches für die Fernstehenden an sich. Eine Industrie, die nicht aus Eigenem lebensfähig ist und sich Bettelgeschenke auf Kosten des gemeinsamen Arbeitsvertrages machen läßt, die verdient kein Mitleid. Jeder Einsichtige hätte sich zu jeder Zeit sagen können, daß es nicht in infinitum so fortgehen könne. Man hat sich aber nicht nach der Decke gestreckt, man hat die Almosen der Regierung als etwas Selbstverständliches hingenommen und daraufhin flott losgewirtschaftet.

Uebrigens wird auch hier nichts so heiß gegessen als es gekocht wird. Der Gesetzentwurf nimmt mehrere Uebergangsetappen an. Zunächst soll das ganze Gesetz erst vom August 1892 in Kraft treten. Die volle Erhöhung der Verbrauchsabgabe von 22 Mark pro Doppelzentner soll gar erst vom 31. Juli 1895 in Kraft treten und endlich soll während dieser Zeit den Exporteuren noch immer eine ermäßigte Ausfuhrprämie geschenkt bleiben. Der deutsche Verbrauchskonsum bleibt also auch während der Uebergangszeit zu Gunsten der Zuckerfabriken belastet.

Die Produzenten haben democh genügend Zeit, sich mit den Gedanken einer Schädigung des Exports — Verlust des Exports nennt es die „National-Zeitung“ — vertraut zu machen und ihren Rübenbau in vernünftigen Grenzen abzustellen. Das Geschrei der Zuckerbarone ist so unbegründet wie möglich. Wir halten es sogar für einen argen Mißgriff, daß die Regierung in der Befreiung der den Zuckerindustriellen aus der jetzigen Steuerentrichtung zustehenden Vortheile so gemüthlich langsam vorgeht.

Wie aber steht es mit dem Zuckerkonsum in der Folge? Diese Frage interessiert uns mehr als die Schmerzen der Rübenbauer.

Wer sich keinen Hoffnungen hingeeben hat, der hat am Besten getan. Er kann nicht enttäuscht werden. Wer angenommen hat, der Zuckerkonsum werde sehr entlastet, der Haushalt werde am Zucker sparen können, der irrt sich. Statt den Ertrag aus Fortfall der Ausfuhrprämien, wie es logisch und volkswirtschaftlich korrekt wäre, zur Verbilligung des Zuckers zu verwenden, geht die ganze Weisheit und Fürsorge der Herren dahin, denselben Betrag, der dem Konsum aus dem Ausfall der Prämien erwächst, zu Gunsten der Staatskasse zu deklariren, indem man gleichzeitig die Verbrauchsabgabe um ungefähr dieselbe Summe erhöht, nämlich um 44 Millionen Mark. Dagegen beträgt der ganze Erlaß der Materialsteuer nur 9 1/2 Millionen Mark.

Der leitende Gedanke des Gesetzentwurfs ist wieder einmal, so viel als möglich für die Staatskasse aus einem Konsumartikel herauszuschlagen ohne jede Rücksichtnahme auf die Interessen der konsumirenden Bevölkerung, d. h. zumeist der arbeitenden Klassen.

Aus dem modernen Sklaventhum. Daß der Druck des übermüthigen Unternehmthums auf die es ernährenden Arbeiter ein ganz ungeheurer ist, das können wir wohl als eine feststehende, unbestreitbare Thatsache hinstellen. Mit Zug und Recht kann man davon sprechen, daß die heutige Art der Ausnutzung nur eine neue Art der Sklaverei ist. Die heutige Lohnarbeit unterscheidet sich im Wesentlichen dadurch von der Sklaverei, daß sie den Lohnarbeiter in bedeutend größerem Maße der Ausbeutung des Unternehmers ausliefert. Eine Kenntniß von der härtesten Knechtschaft und Unterdrückung erhalten wir, wenn wir einen Blick auf die Zustände im Gastwirthsgewerbe werfen. Das Organ der Angehörigen im Gastwirthsgewerbe, „der Gastwirthsgehülfe“, hat es sich zur Aufgabe gemacht, überall, wo er davon Kenntniß erhält, Mißstände in diesem Gewerbe aufzudecken. In seiner letzten Nummer bespricht das Blatt die Zustände in einem großen Bierpalast in der Friedrichstraße und fügt die dortige Arbeitsordnung bei. Dieselbe enthält eine ganze Reihe von Bestimmungen, welche nichts mehr als die äußerste Beschränkung des Kellners in seiner persönlichen Freiheit bedeuten. Zunächst sind zwölf Bestimmungen vorhanden, welche dem Kellner „auf das Strengste“ unterlagen u. a. sich zu sehen, sich mit seinen Kollegen zu unterhalten, sowohl ohne Erlaubniß sich aus dem Geschäftsbüroal zu entfernen, als auch sein Revier zu verlassen. Selbst der Empfang von Besuchen bedarf besonderer oder in geschäftlicher Angelegenheit kommender Personen fällt mit unter die strengen Verbote. Strafbar ist sogar das Lachen. Es folgen dann zehn weitere Punkte, welche Bestimmungen über die Arbeiten und Pflichten der Kellner enthalten. Man ersieht daraus, daß es dem Kellner nicht allein obliegt, die Gäste zu bedienen, sondern es fallen ihm auch noch andere Arbeiten zu. Laut Arbeitsordnung hat jeder Kellner die Zugarbeiten sauber und gewissenhaft auszuführen! Eine irtige Ansicht ist es auch, wenn viele Leute glauben, durch eine Trinkgeldekorruption werde das servile Bedienen des Kellners verursacht. Wer vorstehend kritisirte Arbeitsordnung durchgesehen hat, kommt zu anderer

Erkenntnis; es wird von den Kellnern aufs Strengste verlangt, daß sie den Gästen beim Aus- und Anziehen der Kleider Hilfe leisten. In der ähnlichen Art sind auch die anderen Paragraphen, nur wenige von ihnen dürften für einen eingehenden Zensur eines Sklaven- Baron Menschenfreundes Gnade finden und zu Recht bestehen bleiben. Nun wird die Frage nahe liegen, auf welche Weise, etwaige Zuwendungen — und dieselben dürften bei solchen heissen Bestimmungen sehr häufig vorkommen — gehandelt werden. Vielleicht von dem humanen Sklavenhalter — Entschuldigung Arbeitsgeber durch einen Verweis? Nein die Ansicht ist ganz falsch! Es wäre auch zu hart, den Arbeitern, welche vom frühen Morgen bis in die späte Nacht sich abgearbeitet haben, hinterher noch Vorwürfe zu machen. Da gibt es noch viel humanere Strafmittel, welche den Arbeiter nicht so empfindlich treffen. Für jeden Uebertretungsfall wird dem Kellner nur eine Kleinigkeit abgezogen, nicht viel, damit er es nicht sehr spürt, nur eine einzige Mark für jeden Fall. Ist das nicht wahrhaft menschenfreundlich! Allerdings eine kleine Drohung muß dabei sein, daß die Arbeiter nicht zu übermütig werden. Deshalb heißt es, bei wiederholten Fällen kann auch Entlassung erfolgen; aber damit wird es ja wohl nicht so sehr streng genommen werden, lieber die mildere Strafe mit dem kleinen Abzug etwas genauer beobachten. Wie edel und selbstlos der betreffende Unternehmer handelt, erhellt auch aus dem Umstand, wie er die eingekommenen Strafgeelder verwendet. Dieselben werden zum Ersatz für das Inventar verwendet, über etwaige Ueberschüsse verfügt der Unternehmer. Nach der ganzen Geschäftshandhabung ist kaum anzunehmen, daß ein solch' menschenfreundlicher Ausbeuter schlechte Anwendung von den Ueberschüssen der Strafgeelder machen könnte. Selbst für den Schutz der Kellner ist bis auf das äußerste Sorge getragen. Der Schluss der Arbeitsordnung lautet: „Ich füge mich sämmtlichen Anordnungen des Geschäftsführers.“ Selbstverständlich wird auch der Herr Geschäftsführer keinen schlechten Gebrauch von seiner Diktatur über die ihm untergebenen Arbeitssklaven machen, seine Bestimmungen werden stets zum Wohle dieser getroffen werden. Er wird immer bemüht sein, dieselben vor Anheil zu behüten, in welches sie der eigene Unverstand führen würde. Dafür spricht schon der ganze Geist, der das Verhältnis zwischen dem Herrn und seinen Sklaven in diesem großen Etablissement beherrscht. Uebrigens ist hier nur ein Fall herausgegriffen worden; derartige humane Behandlung, ja noch weit humanere, dürfte man auf Schritt und Tritt antreffen. Doch wer da glaubt, wir wären mit der Schilderung dieser thatächlich paradiesischen Zustände fertig, irrt gewaltig. Um das Maß der Güte und des Wohlbehagens übervoll zu machen, erhalten die Kellner sogar einen monatlichen Lohn — auf vielen Stellen soll das nicht der Fall sein —, also sie erhalten einen Lohn und zwar einen immensen hohen. Man höre und staune, für die kurze Zeit von einem einzigen Monat erhalten sie zwölf Mark Lohn! Wen gehen da nicht die Augen über vor Neid. Zur kleinen Abklärung wollen wir erwähnen, daß die Stellen von einem Agenten vermittelt werden, dem die Uebergelassenen, welche in dieses Eldorado kommen, 20 Mark Provision zu zahlen haben. Doch vollkommen ist einmal auf Erden nichts, bei all dem Glück kann man auch schon einmal eine kleine bittere Pille herunter schlucken. Uebrigens bleiben dafür auch die Kellner auf dieser Stelle ziemlich lange, durchschnittlich vierzehn Tage, manche aber auch sogar sechs Wochen, allerdings einzelne noch viel länger. Klingt das nicht wie ein Feenmärchen aus „Tausend und eine Nacht“?

Profit und Ehr. Verschiedene Berliner Tagesblätter bringen eine Notiz, derzufolge „ein schlichter Berliner Maschinenbauer“, Werkführer in einer hiesigen Maschinenfabrik, eine Erfindung gemacht hat auf einem Gebiete, auf dem die Engländer bisher so ziemlich die Alleinherrschaft ausübten. Derselbe soll nämlich eine Wäschmangel konstruirt haben, welche der „englischen Drehrolle“ weit „über“ ist und der demzufolge eine große Zukunft bevorsteht. Nun wird gewiß so Manches sagen: na, da hat auch einmal ein Arbeiter Glück gehabt! Nun ist er ein gemachter Mann! Wer aber besagte Notiz mit anderen Augen betrachtet, ein wenig zwischen den Zeilen zu lesen versteht und die ganze Situation zu überschauen vermag, der kommt sehr leicht zu ganz anderen Schlüssen. Wenn in der besagten Zeitungsnotiz gesagt wird, „ein schlichter Berliner Maschinenbauer“, so soll doch der staunenden Welt die wunderbare Thatsache nachdrücklich vor Augen geführt werden, daß ein einfacher Arbeiter es ist, der eine Erfindung gemacht hat, die geeignet erscheint, sich einen großen Wirkungsbereich zu erobern. Ein Arbeiter als Erfinder, das ist ja allerdings etwas ganz Wunderbares, nicht nur vom Standpunkte der herrschenden Klassen aus, welche die Intelligenz in Erbpacht zu haben vermeinen, sondern selbst vom Arbeiterstandpunkte aus. Nicht als ob wir vermeinten, daß es als etwas Wunderbares zu erachten sei, daß auch unter den einfachen Arbeitern es intelligente Leute, „findige Köpfe“ giebt, — daran wird Niemand zweifeln, der je Gelegenheit gehabt, die Arbeiterschaft näher kennen zu lernen, — wunderbar will es nur erscheinen, daß es wirklich einmal einem Arbeiter, einem „schlichten Berliner Maschinenbauer“ gelungen ist, seine Fähigkeiten durch eine Erfindung zu betätigen. Das Erfinden ist gemeinhin eine sehr eigentümliche Sache. Zum Geschäft des Erfindens gehören notwendigerweise 2 Faktoren: Zeit und Geld, und beides ist bei den Arbeitern bekanntermaßen nicht vorhanden. Wer sich im Dienste des Kapitals abradern muß, um nur den Lebensunterhalt zu erwerben, wer täglich gezwungen ist, den Kampf um's Dasein mit dem Angebote aller seiner Kräfte zu führen, der ist eben schlechthin außer Stande, sich mit „Erfinden“ zu befassen. Thut er es dennoch, so wird er einfach für einen Narren erklärt; dann heißt es, er sollte lieber arbeiten und sich nicht mit derartigen Dingen befassen! Und die „Leute“ haben hierin meistens Recht, denn die Konsequenzen einer derartigen Erfindertätigkeit, wie sie in gar vielen Fällen zu Tage treten, spiegeln sich recht anschaulich wieder in einer zweiten Zeitungsnotiz, die wir — ein sonderbarer Zufall — gleichzeitig mit der eingangs erwähnten Notiz in einem hiesigen Blatte finden. Derselbe lautet:

Ein Opfer der Erfindungs-Lust. Der in der Lothringerstraße bei einem Hausirer eine Schlafstelle bewohnende Kaufmann Borth war vor etwa 5 Jahren Besitzer eines gut gehenden Kolonialwaaren-Geschäfts im Zentrum Berlins. Auf eine kleine Erfindung hatte damals der nicht unrichtige Geschäftsmann ein Patent erhalten und dasselbe mit Nutzen verkauft. Von da an bemächtigte sich seiner die Erfindungslust, die ihn nach drei Jahren bis zum Bankrott brachte. Der nun völlig mittellose, früher nüchterne und solide Mann, dem alle seine Unternehmungen fehl schlugen, ergab sich nun auch noch dem Trunk, seine Wirthschaftsleiter aber behielten den vor der Zeit Gealterten und Entnervten aus Mitleid bei sich. Vor gestern Morgen fand die Hausirerfrau die Thür zur Küche, in welcher Borth schlief, verschlossen. Als sie dieselbe mit Hilfe ihres Mannes öffnete, sahen sie ihren Schlafburschen mit durchschnittenen Pulsadern der linken Hand bewusstlos in einer Blutlache am Fußboden. Ein sofort geholter Arzt legte dem Lebensmüden, der schon fast verblutet war, einen Nothverband an und sorgte für dessen Ueberführung nach einem Krankenhaus.

Daß nun Erfinden Zeit und Geld gehört, wird in klarer Weise bewiesen durch die weltberühmte Entdeckung Professor Koch's, welche der Menschheit gewiß noch lange vorenthalten geblieben wäre, wenn dem großen Forscher nicht Zeit und Mittel zur Verfügung gestellt worden wären, wenn er als einfacher Arzt den Kampf um's Dasein hätte weiter führen müssen. Koch ist zwar nicht ein „Erfinder“ im landläufigen Sinne des Wortes, jedoch ist im Grunde genommen eine „Erfindung“ doch auch nichts anderes, als das Resultat einer Forschung, eine Entdeckung! Wenn daher ein

einfacher Arbeiter in die Lage kommt, eine Erfindung machen zu können, die in oben gedachter Weise durch die Presse in alle Welt hinausposaunt wird, so müssen dabei ganz andere Umstände mitgewirkt haben, und diese Umstände können nur folgende gewesen sein: Der „Erfinder“ ist Angehöriger eines großen Maschinenbau-Etablissements. Vermöge seiner Stellung als Werkführer in demselben hat er Fühlung gehabt mit den maßgebenden Personen, welche, nachdem sie erkannt hatten, daß die „Idee“ des „schlichten Maschinenbauers“ eine gute sei, ihm bereitwillig Gelegenheit boten, sich mit der Verwirklichung seiner Idee zu beschäftigen, d. h. ihm Zeit, Material etc. zur Verfügung stellten und ihn nebenbei auf seinem Posten als Werkführer beließen. So hat der Erfinder quasi im Dienste der Fabrik gearbeitet, hat diese sich „berechtigte“ Ansprüche auf die Erfindung erworben. Da es dem „schlichten Maschinenbauer“ natürlich nicht möglich ist, mit eigenen Mitteln seine Erfindung zu verwirklichen, er hierzu vielmehr eines Kapitalisten bedarf und da er als Angehöriger einer Fabrik, mit deren Hilfe und in deren Dienste er seine Erfindung zu Wege gebracht hat, sich nicht wohl an andere wenden kann, so wird die Fabrik die Ausnutzung der Erfindung übernehmen und den Profit in die Tasche stecken, dem Erfinder die Ehre überlassend und einen Gewinnanteil, der jedenfalls nicht zu groß ausfallen wird. So ist gemeinhin der Lauf der Dinge — ob auch im vorliegenden Falle, das entzieht sich unserer Beurtheilung. Es lag uns auch gar nicht daran, den speziellen Fall zu charakterisiren, vielmehr nur daran, im allgemeinen den „Arbeiter als Erfinder“ ein wenig zu beleuchten.

Die Koch'sche Entdeckung. Der dirigirende Chirurg in den Drüselerkrankungen, Dr. Sachs, der am vorigen Freitag von seiner Reise nach Berlin zum Studium des Koch'schen Heilverfahrens zurückgekehrt ist, hat sich über seine hier gemachten Beobachtungen und Erfahrungen sehr ausführlich und anerkennend vernehmen lassen. Obwohl er auch die Laienwelt vor überschwänglichen Hoffnungen eindringlich warnt, hält er sich doch überzeugt, daß das Koch'sche Verfahren eine in den Annalen der medizinischen Wissenschaft bis jetzt unerhörte Bedeutung erlangen wird. Von allgemeinem Interesse ist, was Dr. Sachs über die Injektionen zu diagnostischen Zwecken und über die seither erzielten Heilwirkungen sagt. In ersterer Beziehung konstatirt er, daß zuweilen tuberkulöse Patienten auf das Koch'sche Mittel nicht reagiren, weil die Injektion nicht in genügender Dosis gemacht worden ist. Dies sei ein noch der Aufklärung bedürftiger Punkt. Bis jetzt gebe es keinerlei zuverlässigen Maßstab für die Größe der zu verabreichenden Einsprichungsdosis, was übrigens Dr. Sachs dadurch erklärt, daß Professor Koch früher, als es in seiner Absicht gelegen und als seine Untersuchungen beendet waren, zum Hervortreten an die Oessentlichkeit bewogen worden sei. Was die mit dem Koch'schen Mittel erzielten Heilergebnisse betrifft, so hält Dr. Sachs, hierin mit anderen Autoritäten übereinstimmend, doch keines derselben für endgiltig feststehend. Er hat in Berlin sämmtliche Mitarbeiter Koch's besucht, alle Ärzte, die Injektionen machen, er hat zahlreiche Kliniken durchmustert und giebt auf Grund der dort gemachten Beobachtungen sein Urtheil dahin ab, daß bis jetzt noch keine definitive Heilung vorliegt. Am 11. Oktober, erzählte er, wurden sechs Lupuspacienten von Leon, Libberg und Puhl geimpft; die Impfdosen wurden bis 1 Centigramm stark genommen und der Lupus vernarbt. Aber als vierzehn Tage nach dieser Vernarbung von neuem geimpft wurde, erschien der Lupus sofort wieder; die Patienten waren mithin nicht geheilt, weil sie auf die Impfung wieder reagiren. Sein Schlussreflexum faßt Dr. Sachs dahin zusammen, daß er den Kranken wohl erlaubt, zu hoffen, aber sie ernstlich warnt, an eine mit sofortiger Mithelkraft angestattete Panacee zu glauben. Was die Kerze angeht, so wünscht Dr. Sachs, es möchte keiner eine einzige Injektion machen, ehe er nicht ein gründliches Studium an den Berliner Kliniken absolvirt habe.

Ein Dr. Dixon aus Philadelphia soll jetzt hier weilen, welcher dem Prof. Koch die Priorität seiner Erfindung streitig machen will, weil er angeblich schon früher tuberkulöse Patienten mit Impfungen behandelt haben will. Er wird hoffentlich von Geh. Rath Koch gründlich belehrt werden.

Ein Telegramm aus Paris meldet: Professor Boan setzt die Impfungen mit Koch'scher Lymphe fort. Von den bereits behandelten Patienten weisen zwei an Lupus Erkrankte eine sichtbare Besserung auf, so daß eine Heilung nicht unwahrscheinlich scheint. Die Doktoren Gerard, Leon Petit und Somet, welche aus Berlin Koch'sche Lymphe mitbrachten, begannen gestern Impfungen an Kranken, die an Lungenschwindsucht leiden. Es sind dies die ersten Versuche, welche bei solcher Erkrankung in Frankreich mit dem Koch'schen Mittel vorgenommen wurden. Der Banquier Cernuschi hat an Pasteur einen Cheque auf 10 000 Fr. für das Komitee zur Unterstützung fremder Studirender geschickt.

An komischen Beantwortungen der Volkszählungsarten hat es auch diesmal nicht gefehlt, und der derbe Berliner Humor ist dabei in sein Recht getreten. Namentlich waren es die Zufahrten der Stadt Berlin, die von manchen Bürgern recht humoristisch aufgefaßt wurden. So haben die Fragen bezüglich Ernährung der Säuglinge, ob mit „Muttermilch“ — „Namenmilch“ — „Thiermilch“, von vielen Seiten drohliche Beantwortungen erfahren, und sehr oft hat der Zähler zu konstatiren gehabt, daß diese für die Säuglinge bis zu einem Jahre bestimmte flüssige Nahrung von alten Herren und bejahrten Damen laut Zählkarte in Anspruch genommen wurde. Ein biederer Handwerker in der Greifswalder schrieb in gerechter Entrüstung zu diesen drei Fragen hinzu: „Darum kann ich mir nicht mehr erinnern“, ein anderer Witzbold setzte zu den Fragen hinzu: „jest mehrschichten Weisheit mit ner Strippe“. Was auf die Zusatzfrage „Muttersprache“ geantwortet worden, ist kaum zu glauben; vielfach lautete die Antwort „Berlin'sch“, ebenso des Oesteren „Bogtland'sch“; Manche auch verwechselten Muttersprache mit Sprachkenntnis und schreiben die Zahl der ihnen geläufigen Sprachen hinein.

Aus dem Gesundbrunnen-Bezirk berichtet uns ein Zähler, daß er zu einem Tischlermeister gekommen sei, um die Liste abzuholen. „Aber se stimmt nicht“, meinte der brave Mann, indem er sich verlegen hinter den Ohren kratzte. „Warum nicht?“ meinte der Zähler, „sie ist doch ganz ordnungsgemäß geschrieben!“ „Det wohl“, erwiderte der Tischler, „aber vor ner halben Stunde hat der Storch Mutter noch einen kleinen Jungen gebracht, und den habe ich noch nicht buchen können“. Natürlich wurde der junge Weltbürger sofort in die Liste eingetragen.

Im Reichshallen-Theater tritt jetzt eine junge Künstlerin, Eugenie Petresku, auf, deren Leistungen wirklich der Beachtung werth sind. Das Volk der Gauller, Feueresser, Degenkämpfer und wie die Leute sonst heißen mögen, kann sonst nicht gerade unsere Sympathie erwecken, und der Anblick eines Seiltänzers ist uns stets ein Gräuel gewesen, aber dieses junge Mädchen erweckt auch die Aufmerksamkeit derjenigen, die sonst nicht gewohnt sind, sich viel um die Kettentänzer und Kraftmenschen der Spezialitäten-theater zu kümmern. Man sieht aus den Leistungen des jungen Mädchens, zu welchen ungläublichen Ergebnissen eine uner müdliche und konsequente Gewöhnung führen kann. Die junge Dame, sie mag vielleicht sechszehn Jahre alt sein, gebraucht ihre Hände zu denjenigen Feinleistungen, die gewöhnliche Menschen sonst nur von ihren Fingern beanspruchen, und wir müssen gehen, daß uns das Blut förmlich in den Kopf steigt, als wir das junge Mädchen auf den Händen einen tadellosen Walzer erdulden sehen. Tanzlustige Leute sollen dagegen agitiren, daß diese Mode nicht verallgemeinert wird.

Die Nachricht von dem Indianer-Aufstande in Amerika hat zwei kleinen Berlinern detart die Köpfe verdreht, daß sie heimlich ihre Eltern verlassen, um über Hamburg auf den Kriegsschauplatz zu eilen. In der Hafenstadt angekommen, wurden sie jedoch in einem Bierolale, wo sie durch ihr Benehmen aufstießen, von der Polizei festgenommen und alsdann nach Berlin zurückgeschickt.

Ueber die Versorgung Berlins mit Gemüse macht Prof. Wittmack in der Sitzung des Gartenbauvereins am Donnerstag einige interessante Mittheilungen. Der Gemüsebedarf Berlins wird auch jetzt noch zum größten Theil aus der Umgebung der Stadt gedeckt, nur ein Viertel, höchstens ein Drittel des Bedarfs kommt aus weiterer Ferne. Groß ist namentlich die Einfuhr von Blumenkohl; von Mitte November bis Ende April langen im Durchschnitt pro Woche 5 Waggon mit 40 000 Köpfen Blumenkohl aus Italien hier an. Sobald der Import aus Italien aufhört, liefert Holland den Blumenkohl für den Berliner Markt und in den Sommermonaten endlich ist es die Gemüsestadt Erfurt, welche Berlin mit dieser Frucht versorgt. Wöchentlich werden dann von dort 5000 Köpfe geliefert. Neus Kartoffeln kommen zuerst aus Malto, insgesammt pro Saison 15—20 Waggon. In größeren Mengen gelangen neue Kartoffeln alsdann aus Italien auf den Berliner Markt, und zwar insgesammt etwa 400 000 Kilo. Auch Italien betheilt sich an der Versorgung Berlins mit neuen Kartoffeln. Aus der eigenen Heimath ist es meist Herbst, welches die ersten neuen Kartoffeln nach Berlin bringt. Der dortige milde Boden begünstigt die Frucht ganz besonders. Aus Norditalien und aus der Triester Gegend werden im Frühjahr auch junge Bohnen nach Berlin gebracht, von denen in diesem Jahre zwanzig Waggon in Berlin angekommen sind. In diesem Jahre sind ferner etwa 15 000 holländische Gurken hier abgesetzt. Vom Dezember bis zum Frühjahr liefert Holland auch Rotz- und Wirsingkohl 6—8 Waggon pro Woche, während Weißkohl trotz der Kieselfelder noch aus Dänemark eingeführt werden muß. Französisches Frühgemüse kommt verhältnismäßig wenig auf den Berliner Markt. Die Preise für dasselbe sind zu hoch. Sehr groß ist der Bedarf des Berliner Marktes an Zwiebeln. Lössenau, Sachsen und Schlesien vermögen diesen Bedarf nicht zu decken, so daß noch große Zufuhren aus Ungarn, Rußland und auch aus Egypten nöthig werden. Der landwirthschaftliche Gemüsebau hat in der Berliner Umgebung im Allgemeinen nicht gelohnt, weil hier die Arbeiterverhältnisse zu ungünstig sind. Nur in Sternfeld wird landwirthschaftlicher Gemüsebau noch in größerem Umfange getrieben. Lohndender würde nach Redners Ansicht der Gemüsebau werden, wenn man mehr danach strebte, Gemüse für die Jahreszeiten zu ziehen, was die Zufuhren aus Italien und Holland ausfüllen würde.

Dem sicheren Tode in der Syree wäre durch den furchtlichen Leichtsinne eines 12jährigen Jungen vorgestern ein junges Menschenleben beinahe zum Opfer gefallen, wenn es nicht geglättet wäre, noch im letzten Augenblicke den Ertrinkenden zu retten. Ueber den Vorgang wird folgendes berichtet: Dort, wo bei der Maschinenbau-Anstalt von Vorig die Syree eine Einbuchung bildet, in der früher Oberläufe zu ankern pflegten, ist jetzt der Hafen zum größten Theil verschüttet, und nur ein kleiner Theil ist noch übrig geblieben, hart am Strom und sehr tief. Ein schwache Eisbede bedeckte hier vorgestern das Wasser. Der zwölfjährige Knabe Dunkel von der Gemeindefschule zu Moabit betrat nun den siebenjährigen Freis Schwan, Sohn des Calvinstraße Nr. 43 wohnhaften herrschaftlichen Kaufmanns Friedrich Schwan, an jener Stelle sich auf Eis zu wagen. Da der Kleine ängstlich entriß er ihm die Mütze und warf sie auf Eis, ging selbst einige Schritte mit ihm und stieß den kleinen Buben weiter, damit er sich seine Mütze hole. Die dünne Eise bedeckte, und der Knabe, außer Stande, sich festzuhalten, sank unter das Eis. Männer, die zugegen waren, wagten sich nicht auf das Eis, da dasselbe nicht einmal den leichten Knaben getragen hätte. Schließlich gelang es einem Offizier, den Knaben zu retten. — Ueber eine zweite Lebensrettung, bei welcher die hochberühmte That von einem Knaben ausgeführt wurde, verlaute folgendes: Die Kinder eines in der Vorhagener Straße wohnenden Tischlers Mantel waren, um Schlittschuh zu laufen, nach dem Rummelsburger See gegangen, und während die älteren Knaben mit ihren Spielgenossen sich auf dem Eise tummelten, war der Kleinste, ein dreijähriger Knabe, allein in eine sogenannte „Bühne“ gerathen. Man bemerkte man zwar vom Ufer aus die Gefahr des Kindes, doch als man dasselbe zurückholen wollte, zeigte es sich, daß die Eisbede in der Nähe der Bühne viel zu schwach war, und Niemand wagte es, sich jener unsicheren Stelle zu nähern. Der Kleine, der sich mit seinen Händchen an die Eisbede anklammerte und bis zur Brust in das Wasser hineingeglitten war, schrie jämmerlich. Da eilte ein etwa fünfzehnjähriger Knabe unerschrocken auf das Eis und troch, in der Nähe des Wasserfahrschiffes angelangt, als das Eis unter seinem Körper sich zu biegen begann, vorsichtig die glatte Fläche entlang. Den halb erstarrten Knaben fassend, trat der mutige Junge ebenso vorsichtig die Rückweg an, und binnen wenigen Minuten befanden sich beide wohlbehalten am Ufer. Dort legte der brave Bursche den Knaben nieder und eilte dann schnell, weil er selbst durchdünstet sei, wie er sagte, fort. Der junge Lebensretter, der mit einem braunen Ueberzieher und Pelzmütze bekleidet war, hat sich dann auf Station Stralau-Rummelsburg ein Billet nach dem „Schlesischen Bahnhof“ gelöst.

Polizeibericht. Am 1. d. M. Vormittags fiel ein Fensterputzer beim Putzen der Schaufenster des Hauses Chaussee 1 von der Leiter und erlitt anscheinend so schwere innere Verletzungen, daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — Nachmittags stürzte der beim Bau der Eisenbahnbrücke über den Landwehr-Kanal in der Königin-Augustastrasse beschäftigte Zimmermann Minkowsky etwa 4 m hoch auf das untere Gerüst herab und von dort ins Wasser. Er wurde von seinen Arbeitern aus dem Wasser gezogen und da er einen Bruch des Unterschenkels erlitten hatte, in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Zu derselben Zeit gerieth auf dem Potsdamer Bahnhof der Maler Müller beim Fortschaffen eines eisernen Trägers, welcher beim Bau der Brücke über den Landwehr-Kanal Verwendung finden sollte, mit dem Fuß unter den Träger und wurde ihm die große Zehe abgequetscht. Der Verletzte wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Abends wurde vor dem Hause in der Stralauerbrücke 6 ein Mann von einer Drochle überfahren und an den Unterschenkeln anscheinend bedeutend verletzt. — Im Laufe des Tages fanden vier kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Ein ehelicher Raubfall gelangte gestern vor Kenntnis der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. In diesem Jahres hatten die Buchbindermeister Amrath'schen Eheleute in dem Hause Kaiserstraße 31 eine Wohnung inne, von der sie einen möblirten Raum an die unverehelichte Krüger vermietet hatten. Am Nachmittage des 10. Mai hatten Frau Amrath und der Krüger einen gemeinsamen Spaziergang gemacht. Als sie zurückkehrten, wunderten sie sich, die Korridorthür nicht verschlossen zu finden, und nachgehend zu finden; überall dort und erschreckt wurde sie aber, als sie die Wohnstube betrat. Auf dem Fußboden lag Amrath in einer kläglichen Verfassung, Hände und Füße waren ihm gebunden und im Munde steckte ihm sein eigenes Taschentuch, so daß er anscheinend keinen Laut von sich zu geben vermochte. Die Frauen befreiten ihn schleunigst von dem Tuche und lösten die nicht allzu fest gebundenen Stricke. Nun erzählte Amrath, was ihm passiert sei. Bald nach dem Fortgange der Frauen habe er bei seiner Arbeit in geduckter Haltung an dem Tisch gesessen, der Thür den Rücken zuwendend. Da er plötzlich hinterwärts einen Hieb auf den Kopf empfing, hielt, daß er sofort benimmungslos zu Boden gefallen sei, als er wieder zu sich kam, fand er sich gefesselt. Er erinnerte sich, einen Mann bemerkt zu haben, der verschiedene Gegenstände des Raubes überfallen. Thatsächlich war der Inhalt verschiedener Behälter durcheinander gewühlt und ebenso die Kleider einer unverwundeten gewissen Kommode, worin die Krüger ihre Sachen aufbewahrte. Es fehlte weiter nichts als eine

Schlossene Holzene Sparbüchse, in welcher die Krüger ihre Ersparnisse, fünf Zwanzig-Markstücke, aufbewahrt hatte. Der Mörder misste es somit nur auf diesen Gegenstand abgesehen gehabt haben. Amrath schien wenig Neigung zu haben, die Sache zur Anzeige zu bringen, er mußte aber dem Drängen der beiden Frauen nachgeben. Auf der Wache erreichte seine Darstellung von dem ihm Wiederfahrenen Mißtrauen. Man wußte, das Amrath mit Geldverleugungen zu kämpfen hatte, daß erst kürzlich Feuer bei ihm ausgebrochen sei und daß der Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung auf ihm lastete. Ein Kriminalbeamter begab sich mit in seine Wohnung und untersuchte dieselbe aufs Genaueste. Hinter der Tapete versteckt fand er die fünf Goldstücke. Jetzt mußte Amrath einräumen, daß er Komödie gespielt habe. Er habe gewußt, daß die Krüger sich hundert Mark erspart hatte; seine Geldnot hatte den Höhepunkt erreicht und ihn zu dem romantischen Auswüchse getrieben. Die Sparbüchse habe er geprengt und verbrannt und sich dann selbst gefnebelt, so gut er es vermochte. Amrath, der gestern wegen schweren Diebstahls vor Gericht stand, wiederholte sein Geständnis. Staatsanwalt Dr. Benedix beantragte gegen ihn sechs Monate Gefängnis, wovon er zwei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft abzurechnen bat, denn der Angeklagte sei wegen Verdachts der vorsätzlichen Brandstiftung in Haft genommen worden und dieser Verdacht habe sich als unbegründet erwiesen.

Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts. Ein Zeitungsredakteur ist verpflichtet, alle an ihn gerichteten Briefsendungen zu lesen. Diesen Rechtsatz stellte heute die 97. Abteilung des Berliner Schöffengerichts in der Angelegenheit gegen den Redakteur und Verleger der Deutschen Schneider-Zeitung, Alte Ruhn'sche, Emil Streifand wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung auf. Zwischen dem Angeklagten und der Vertretung der Konkurrenz-Schneider-Zeitung, Buchhändler Weber und Redakteur Bujarsky, wurde seit längerer Zeit ein heftiger Zeitungskrieg geführt, der schließlich einen Privatklage-Prozess des Weber und Bujarsky gegen den Angeklagten zur Folge hatte. Derselbe schloß im Juni dieses Jahres mit einem Vergleich der streitenden Parteien ab, bei welchem der gegenwärtige Angeklagte die Erlegung von 30 M. an den Verein gegen Verarmung und Bettel und die Tragung der Prozesskosten übernommen hatte. Zugleich war den Parteien die weitere Verpflichtung auferlegt, das vom Gericht angenommene Vergleichsprotokoll in ihren resp. Blättern zum Abdruck zu bringen. Diesen hat der Angeklagte in der Nummer vom 8. August er. auch bewirkt, er hat demselben aber eine eingehende Erläuterung hinzugefügt, welche den damaligen Kläger zu dem Verlangen an ihn veranlaßte, eine längere Berichtigung auf Grund des § 11 des Strafgesetzbuchs anzunehmen. Da diese nicht abgedruckt wurde, stellte Weber gegen Streifand wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung Strafantrag und führte dadurch das gegenwärtige Verfahren herbei. Der Angeklagte stellte unter Beweis, daß er den am 10. August er. erhaltenen Brief, als er als den Absender den Weber vermerkt fand, mit dem er nichts mehr zu thun haben will, ungelesen in den Papierkorb geworfen hat. Daß es sich um eine Berichtigung handelte, deren Aufnahme von ihm verlangt wurde, habe er unmöglich ahnen können, aus diesem Grunde erwarte er seine Freisprechung. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 5 M. ev. 1 Tag Haft, sowie zur nachträglichen Aufnahme der Berichtigung, indem er den im Eingang mitgetheilten Rechtsatz aufstellte.

Soziale Uebersicht.

Zahlung, Vergolder Deutschlands! Die Bewegung der Rahmenvergolder machte sich seit der Gründung unseres Verbandes bemerkbar, und bereits im Frühjahr waren wir uns einig, die Uebelstände, die in unserem Gewerbe herrschen, zu beseitigen. Wir waren aber damals zu schwach, und da von der Mehrzahl der Kollegen keine Unterstützung in unserem Vorhaben zu erwarten war, so haben wir uns besser organisiert und die richtige Zeit abgewartet. Erst in der öffentlichen Versammlung am 6. Oktober wurde der Beschluß gefaßt, den Prinzipalen von der von uns gewählten Kommission unsere Forderungen unterbreiten zu lassen. Am 23. Oktober kam der Beschluß, unsere Forderungen (normale Arbeitszeit, 10 Pf. Zuschlag der Affordpreise und 10 Pf. für Ueberstunden) wurden nicht anerkannt, sondern nur die Hälfte von allen Punkten bewilligt. Daraufhin wurde am 26. Oktober der Beschluß gefaßt, am folgenden Tage die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Ein ferneres Schreiben der Prinzipale vom 28. Oktober zeigte uns, daß die Herren keine weiteren Anerbietungen stellten. Eine öffentliche Versammlung am 2. September beschloß nun, die Prinzipale nochmals aufzufordern mit unserer Kommission in Unterhandlung zu treten; ferner wurde der Kommission ein gebundenes Mandat im ersten Punkt mitgegeben. Daraufhin fand eine Besprechung zwischen beiden Kommissionen statt, wo wir bei einer ziemlich vierstündigen lebhaften Debatte die Bewilligung der ersten beiden Punkte und 5 Pf. für die Ueberstunden erzielten. Bei der jetzigen Geschäfts-Konjunktur war gar nichts anderes zu erwarten als der Sieg. Es konnte aber doch der Fall eintreten, daß nach Weinachten das Bewilligte wieder zurückgenommen werde und dann dürfen wir uns unter keinen Umständen das vor 2 Monaten Erungene wieder entziehen lassen. In den größeren und besseren Werkstätten sind unsere Forderungen bewilligt und die kleineren Meister werden wohl oder übel schließlich auch nachgeben müssen, wenn Ihr, Kollegen, uns beisteht, wenn die Auswärtigen Berlin meiden. Wir richten an Euch den Appell, weidet folgende Werkstätten: Peter, Kochstr. 50; Rufseldt, Waterloo-Ufer 6; Gsell, Puttkamerstr. 25; Wintzfeld, Alexanderstr. 60; Wünsch, Krausenstraße 21; Drechsler, Neue Jakobstr. 5; Biese, Mauerstr. 49; Hoffmann, Wilhelmstr. 37; Kraus, Demminstr. 3; Königsberger, Frankfurterstr. 119; De la Croix, Halle'sche Str. 17; Vertinger, Wagnersplatz 2; Lehmann, Alte Jakobstr. 2; Köhler, Potsdamerstraße 134; Sauhrada, Wilhelmstr. 6; Schmidt, Fortkerstraße 37; Biedel, Schönebergerstr. 40; Köhlich (Hoflieferant), Beuthstr. 6. Die Lohnkommission der Vergolder.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Perlmutter-Arbeiter und Drechsler tagte am Sonntag, den 30. November, unter Vorsitz des Herrn Thieme. Da die Versammlung anfänglich schwach besucht war, so wurde zuerst Verschiedenes behandelt. Hierzu berichtete Herr Waager folgendes: In den beiden Fabriken in Nieder-Schönhausen, wo ausschließlich Knöpfe fabriziert werden und nur Wiener beschäftigt seien, zu denen auch er gehöre, bestanden seit einiger Zeit Differenzen zwischen den Arbeitern und dem Chef. Die Ursache sei folgende: Bisher erhielten die Arbeiter für das Grob Knöpfe 140 M., jetzt sollten dieselben sich eine Lohnreduzierung von 10 Pf. pro Grob gefallen lassen. Dies erklärte der Arbeiter für unmöglich, da sie dann nur noch im geringsten Falle es auf 14-18 M. pro Woche bei äußerst anstrengender Thätigkeit brächten. Nun sei gestern Abend der Fabrikant an ihn (Waager) herangetreten, habe ihm ein Buch gegeben und gesagt, er könne ja jetzt freieren. Nachdem dieses die anderen Kollegen gehört, erklärten sich sämtliche mit Waager für solidarisch und legten einmütig die Arbeit nieder. Darum ersuche er die Anwesenden, die Schönhauser nicht zu verlassen, sondern sie thätig zu unterstützen. In dieser Angelegenheit sprachen die Herren Thieme, Bennede, Thomas, Scholz und Spieß. Es wurden dann recht traurige Verhältnisse enthüllt. Nachfolgende von

Druffon eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige öffentliche Versammlung der Perlmutter-Arbeiter und Drechsler erklärt sich mit dem Vorgehen der Kollegen in Nieder-Schönhausen einverstanden und verpflichtet sich, die Ausgesperrten nach besten Kräften mit pekuniären Mitteln zu unterstützen. Hierauf sprach Herr E. Lial über das Thema „Die Ursachen der Armuth“. Derselbe erntete für seine Ausführungen den reichen Beifall der Versammlung. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Sodann kam noch der Streik der Perlmutterarbeiter in der Fabrik von Hünke zur Sprache. Hierzu sprachen die Herren Druffon, Thieme, Grunow, Hildebrandt, Spieß, Böhm und Thomas; sämtliche Redner äußerten sich dahin, daß der Streik bei dieser Firma unbedingt bis auf Weiteres aufrecht erhalten bleibe. So ermahnte Herr Grunow die Kollegen, nicht zu dieser Firma zu gehen, trotzdem dort einige „fremde“ arbeiten, es werde nicht lange mehr dauern und Herr Hünke sehr kapitalistisch, denn was die Arbeiter anbetrifft, die er jetzt als Urfach für seine alten hat, so habe er in Erfahrung gebracht, daß zwei Mann in einer Woche zusammen 9 M. 20 Pf. verdient hätten. (Inse: hört, hört!) Es wurde beschlossen, den Streik aufrecht zu erhalten. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Der Fachverein sämtlicher in den Glas- und Kartonpapier-Fabriken Berlins und Umgegend hielt am 30. November seine Mitglieder-Versammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls hielt Herr Kunkel einen Vortrag über: „Frauen-Emancipation“, welcher von den Anwesenden mit großem Beifall angenommen wurde. Redner führte aus, wie sich eine gänzliche Umwälzung in den gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Verhältnissen der Frau vollzogen habe. Die Frau hatte früher, als ihr nur die Versorgung des Haushalts oblag, eine ganz andere gesellschaftliche Stellung. Die heutige Frau aber, durch die technische Revolution der Produktion aus der Familie herausgerissen und auf den Arbeitsmarkt gebracht, ist ebenso wie der Mann, der schrankenlosen Ausbeutung des Kapitals verfallen. Sie tritt den Mann dadurch, daß sie viel billiger arbeitet und dem Fabrikanten weit gehoramer ist, als ein höchst gefährlicher Konkurrent gegenüber. Es ist deshalb Pflicht der Frauen sich zu organisieren, um dann mit dem Manne Schulter an Schulter für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kämpfen. Da sie ferner dieselbe Stelle wie der Mann bekleidet, ist es ihre Pflicht nun auch in politischer Hinsicht Rechte zu erwerben. Dann wird mit der Verbesserung ihrer Lage auch eine Verringerung um Guten in allen wirtschaftlichen Verhältnissen eintreten. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Hermann Pichert und Frau Sabich. Unter Verschiedenem wurde vom Kollegen Fischer auf die Beschlüsse der Berliner Streik-Kontrollkommission hingewiesen, und die Anwesenden ersucht, auch dieselben zur Durchführung zu bringen. Ein Antrag, den gemäßigten Tabakarbeitern in Hamburg, sowie die Chemiker Arbeiterinnen, durch allgemeine Sammlung zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Da sich noch viele Arbeiter und Arbeiterinnen in der Firma Fleisch und Sabin befinden, welche nicht dem Fachverein angehören und auch nicht dazu zu bewegen sind, eine Fachvereins-Versammlung zu besuchen, wurde der Vorstand beauftragt, eine öffentliche Versammlung im Januar des Sonntags einzuberufen, damit diesen Arbeitern auch mal die Gelegenheit geboten werde, eine Versammlung zu besuchen. Die entgeltliche Beschäftigung über Gründung eines Arbeitsnachweises wurde, da die Versammlung nicht sehr stark besucht war, bis zur nächsten Mitgliederversammlung verschoben. Außerdem wurden die Kollegen Robert Müller, G. Seifert und Karl Müller in ein Vergütungskomitee gewählt, um Vorbereitungen für ein Stiftungsfest, welches Ende März oder Anfang April nächsten Jahres stattfinden, zu treffen.

Eine öffentliche Versammlung der im Sattlergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 27. v. M. unter Vorsitz des Kollegen Ahmann. Ueber die Angelegenheit der Militärwerkstatt von Konrad berichtete Kollege Bombin. Herr Conrad war brieflich zur Versammlung eingeladen, hat sich jedoch mit Zeitmangel entschuldigt. Mehrere anwesende Kollegen der betreffenden Werkstatt bestätigten diese Angaben und ergänzten einige derselben. Betreffs der neu gegründeten Genossenschaft entspann sich eine lebhaft Debatte. Den humanen Bestrebungen des Kollegen Trautner traten hauptsächlich die Kollegen Achterberg, Ahmann, Bombin, Butenschön und noch andere energisch entgegen. Dieselben führten aus, daß das genossenschaftliche System veraltet und überhaupt aus dem Programm der sozialdemokratischen Partei gestrichen, nur noch von den Fisch-Dunder'schen Gewerksvereinen empfohlen werde. Kollege Trautner erklärte, daß die Genossenschaft keine sozialdemokratischen Tendenzen verfolge, er selber kein Sozialdemokrat sei und nie einer werden würde. Er habe nur das Bestreben, die Arbeitslosigkeit unter den Sattlern zu verringern. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung schenkt den Angaben des Herrn Conrad nur bedingten Glauben und beauftragt die Agitationskommission, mit Herrn Conrad noch einmal zu Gunsten der Kollegen in Unterhandlung zu treten, um eine Verhängung herbeizuführen. Schließlich wurde noch der Antrag angenommen, die Sammlungen mit erneuten Kräften aufzunehmen, um vor allen Dingen wieder einen Fonds anzusammeln. Unter „Verschiedenes“ macht Kollege Ahmann bekannt, daß er das Amt als Delegirter der Berliner Streik-Kontrollkommission niedergelegt und wurde Kollege Weiß an dessen Stelle gewählt. Außerdem wurden für Kollege Sattner Kollege Mühr in die Agitationskommission gewählt und Kollege Piodroch als Ersatzmann in die Arbeitsvermittlung.

Eine Ueberaus stark besuchte Versammlung der Paker tagte Sonntag Vormittag unter Leitung des Herrn Keumann in der Brauerei Königstadt. Dieselbe war so stark besucht, daß nicht nur der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war, sondern auch in den Vorräumen die Menschen dicht gedrängt standen. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Erörterung über den Werth und die Notwendigkeit der Statistik. Herr Dehne führte hierüber ungefähr folgendes aus: Die Statistik, diese auf Zahlen begründete Wissenschaft von den Zuständen in Staat und Gesellschaft, ist eine der notwendigsten Bedingungen zur Herbeischaffung der Beweismittel für die Unhaltbarkeit der heutigen Produktionsweise und der bestehenden wirtschaftlichen Zustände überhaupt; ohne dieselbe ist eine gründliches Studium der sozialen Frage gar nicht möglich. Daher muß es auch das Bestreben der Arbeiterbewegung sein, diese soviel wie irgend möglich, auszubauen. Die Notwendigkeit der Statistik wird heute selbst von den Regierungen anerkannt. Es sind deshalb von diesen überall statistische Bureaus eingerichtet worden, welche auch manches Nützliche geschaffen haben. Doch bei einem beschränkten Wirkungskreise und der vielfach falschen oder einseitigen Auffassung ihrer Aufgaben haben dieselben bisher nichts Großes erreicht. Eine rühmliche Ausnahme hat die Schweiz gemacht. Dort sind auch die meisten Erhebungen unter Mitwirkung der Arbeitervereinigungen bewirkt worden. Bei uns ist das Gegentheil der Fall, die Arbeitervereinigungen werden entweder übergangen oder, wo sie schon gefragt werden, da wird ihnen Angaben keine Beachtung geschenkt. Es müssen daher die Arbeiter selbst, wollen dieselben sich Geltung verschaffen, die Sache in die Hand nehmen. Nur durch nackte, in Zahlen ausgedrückte Thatsachen können die herrschenden Klassen und deren ausführende Organe von den einzelnen Mißständen überzeugt werden. Zum Schluß empfiehlt Redner die Veranstaltung einer Enquete über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in ihrem Beruf. (Beifall).

Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr rege; es beteiligten sich eine Reihe von Rednern an der Debatte, welche sich sämtlich im Sinne des Referenten äußerten. Die Versammlung pflichtete demzufolge dem gemachten Vorschlage betreffs der Enquete bei.

Es wurde hierauf zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission, geschritten. Dazu hat als Delegirter der Gewerkschaft Herr Dehne das Wort. Derselbe besprach die Ursachen, welche zur Bildung der Kommission geführt haben, ging kurz die Thätigkeit und die Beschlüsse derselben durch. Er führte weiter aus, daß die Kommission beschlossen habe, es den Gewerkschaften anheim zu geben, ob sie ihr Geldmittel überweisen wollen oder ob von ihr selbst Marken ausgegeben werden sollen. Darüber sollen heute auch die Paker sich schlüssig machen. Redner empfiehlt weiter der Berliner Streik-Kontrollkommission Mittel zu überweisen, da die Ausgabe von Marken aus mehrfachen Gründen weniger zweckmäßig sei.

Größte beantragt, der Berliner Streik-Kontrollkommission 100 M. zu überweisen und den ausgesperrten resp. streikenden Schuhmachern, den Tabakarbeitern in Altona und in Eschwege, sowie den Glasarbeitern in Bergdorf zusammen 500 M. zu gewähren, da der Kassenbestand etwa 800 M. betrage. Auf Beschwören des Herrn Dietrich wird dieser Antrag in der Weise modifiziert, daß die Berliner Streik-Kontrollkommission nur 50 M. erhalten soll, dagegen dem Vertrauensmann der Paker Deutschlands für die ausgesperrten Gewerkschaften 500 M. überweisen werden.

Nach einer lebhaften Diskussion schließt sich die Versammlung diesem Antrage einstimmig an. Es wurde sodann folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß die Lage der arbeitenden Klasse durch den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang bedingt, eine immer gedrücktere wird und die politische Macht der Arbeiter noch nicht zu der Höhe gelangt ist, um in absehbarer Zeit eine Beseitigung der Ursachen dieser Mißstände herbeizuführen zu können, macht es die Versammlung allen Maurern und denen, welche sich mit Pakerarbeit beschäftigen zur strengsten Pflicht, sich dem Fachverein der Paker Berlins und Umgegend anzuschließen, um dem immer stärker werdenden Druck des Unternehmertums durch starke Gewerkschaftsorganisation wirksam entgegenzutreten zu können. Herr Gröschle theilte noch mit, daß die ausgegebenen Fragebogen erst Ende dieses Jahres eingezogen werden sollen.

Die Vereinigung der Maler etc. SW. hielt am 27. November eine Versammlung ab. In derselben sprach Kollege Schweiger über „Religion und Wissenschaft“. An seinen mit lebhaftem Beifall belohnten Vortrag schloß sich eine Diskussion, in welcher Kollege Hohlwegler sich im gleichen Sinne äußerte, wie der Referent. Unter „Verschiedenes“ wird dem Kollegen Müller die Kassenverwaltung bis zur nächsten Generalversammlung anvertraut und zu lebhafter Unterstützung der Kollegen in Bernigerode, Dessau und Jyehoe aufgefordert. Schließlich wird noch festgestellt, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einberufen werden soll.

Der Les- und Diskussionsklub hielten am Freitag, den 28. November, seine regelmäßige Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem Vorkämpfer und geistigen Lehrer Friedrich Engels zu seinem 70. Geburtstag ein Hoch ausgebracht. Es folgte Vorlesung aus Bebel's „Frau“. Da auch Damen erschienen waren, mußten dieselben auf Anordnung des überwachenden Beamten die Versammlung verlassen.

In einer starkbesuchten Versammlung des Fachvereins der Tischler (Nord) am 25. v. M. hielt Herr Alwin Gerich seinen Vortrag über: „Nationalreichthum und Rationalarmuth“, über den wir schon ein ausführliches Referat gebracht haben. In der Diskussion fordert Kollege Wroßinsky die Anwesenden auf, eifrig zu agitieren, um so der Macht des Kapitalismus einen Damm entgegen zu setzen. Nach einem Referat des Kollegen Koblenzer von der Berliner Streik-Kontrollkommission und Erledigung des Fragekastens schloß die Versammlung.

Die freie Gemeinde zu Niedersdorf hat heute, den 2. Dezember, ihre beschließende Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr, bei Nummer, Berlinerstraße 136. Gatte willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Kommission freier eingeschriebener Hilfskassen. Sitzung Mittwoch, den 2. Dezember, Abends 9 Uhr, bei Stockisch, Fischerstraße 41. Tagesordnung: 1. Mittheilungen. 2. Der Kongreß eingeschriebener Hilfskassen. 3. Verschiedenes.

Öffentliche Versammlung der Vergolder und Vergolderinnen und Berufsgenossen am Mittwoch, den 2. Dezember er., Abends 8 Uhr, in Scheller's Salon, Inselstr. 19.

Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Donnerstag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Freund, Weinstr. 11. Delegirten-Versammlung. Tagesordnung: 1. Der Ausschluß der Kollegen in Hamburg, Altona, Ottenen, Wandbühl und Eschwege. 2. Verschiedenes.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Mittwoch, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Restaurant Königsplatz, Wilmstr. 28-30.

Große öffentliche Volks-Versammlung für Charlottenburg am Donnerstag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Cambrinus-Brauerei, Wallstr. 45.

Öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Tabak-Arbeiterinnen. Dienstag, den 9. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Böhm, Vor dem Preussener Thor. Tagesordnung: 1. Nothwendige Aufgaben der Gewerkschaften. 2. Der Ausschluß der Kollegen in Hamburg, Altona, Ottenen, Wandbühl und Eschwege. 3. Verschiedenes. Herr von Um-Gangung hat das Referat für die beiden ersten Punkte übernommen.

Verein „Freie Volkshäuser“. Am Donnerstag, den 4. Dezember, findet in dem Saale der Ahrens'schen Brauerei, Moabit, Stromstr. 11-13, am Donnerstag, den 9. Dezember, in der Hobe'schen Brauerei, Döberitzstr. 6-7 und in Gieseler-Stublisenent, Gausstr. 89, öffentliche Versammlungen für Damen und Herren statt. In diesen Versammlungen werden die Herren Wilhelm Bölsche und Julius Zart über die „Arbeiterchaft Berlins und die freie Volkshäuser“ sprechen. Die erste Vorlesung für die zweite Abtheilung (grüne Karten) findet am Sonntag, den 14. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, statt. Zur Ausführung gelangt „Der Volksfreund“, Schupflein von Herrt Josen, die Vornahme wird für die Mitglieder der ersten Abtheilung (rote Karten) am Nachmittags des 25. Dezember wiederholt.

Sozialdemokratische Les- und Diskussionsklub. „Vormärts“, Abends 8 Uhr, Sitzung im Lokale des Herrn Höhn, Rammstr. 33. Gatte haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — „Internationale“, Abends 8 Uhr bei Deise, St. Adolfsstr. 19. Gatte haben Zutritt. — „Nord“, Abends 8 Uhr, bei Krabe, Ruppinerstr. 46. — „Gleichheit“, Abends 8 Uhr, bei Hülsenfeld, Bergstraße 20. Gatte haben Zutritt. — „Emancipation“, Abends 8 Uhr bei Wagner, Neue Königstr. 39. Gatte willkommen.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. Mittwoch, Abends 9 Uhr, Abends 8 Uhr (Aufnahme von Mitglidern). Gesangverein „Unser Tag“, Restaurant Spandauerstr. 19 a. — Gesangverein „Freya“, Gensinger Ufer, Große Hamburgerstr. 18. — Männer-Gesangverein „Gitarist“, Köhler, 22a bei Wille. — Gesangverein „Vereinsfreunde“, Wilmstr. 28 bei Deise. — Arbeiter-Gesangverein „Vormärts“, Schönehauser Allee 25 bei Mühlberg. — Arbeiter-Gesangverein „Liedesfreunde“, Wilmstr. 28 bei Deise. — Gesangverein „Der Bestmögliche“, Johannisstr. 21 bei Wüller. — Gesangverein „Einfache Eiche“, Blumenstr. 48 bei Weat. — Arbeiter-Gesangverein „Eiche“, Pantofel bei Vorkamp, Schupflein. 27. — Gesangverein „Eiche“, Abends 9 Uhr bei Zimmermann, Wilmstr. 119. — Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“, Abends 8 Uhr, in dem Restaurant Gausstr. 89, dort.

Gesang-, Les- und Diskussionsvereine. Gesangverein „Frisch auf“, Abends 8-10 Uhr bei Haller, Rammstr. 33. — Gesangverein „Hausbesitzer“, Abends 8 Uhr bei Koppe, Lindenstr. 104. — Gesangverein „Hoffnung“, Moabit, Abends 8 Uhr bei Hagen, Wilmstr. 28. — Männer-Gesangverein „Sängertrupp“, Abends 8-11 Uhr bei Küster, Wilmstr. 28. — Singklub „Königsplatz“, Abends 8 Uhr Kaiserstraße 22b, Ecke Alexanderstraße. Gatte willkommen.

Lebhaftes Turnwesen: 1. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des Königsplatz, Gensstr. 67-69. — Berliner Turngenossenschaft, s. Männer-Klub, Abends von 8 bis 11 Uhr.

Volkstheater „Luzifer Brüder“, Abends 8-10 Uhr im Restaurant Mariannenstr. 49. — Geselliger Klub „Vorkämpfer“ bei Lorenz, Köpenickerstr. 42. — Geselliger Klub „Hoffnung“ bei Heide, Marktstr. 21. — Verein der „Goldener“, Abends 8 Uhr bei Wulle, Friedrichsbergerstraße 24. — Verein „Kreuzritter“, Sitzung mit Damen bei Döberitz, Mariannenstr. 21. — Raufklub „Nordstern“ in Friedrichsberg. — „Schlachter“, Abends 8 Uhr bei Wimmer, Gausstr. 89. — Orientalischer Raufklub, Abends 9 Uhr, bei Hartmann, Wilmstr. 71. Gatte willkommen.

Lebhaftes Turnwesen: 1. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des Königsplatz, Gensstr. 67-69. — Berliner Turngenossenschaft, s. Männer-Klub, Abends von 8 bis 11 Uhr.

Volkstheater „Luzifer Brüder“, Abends 8-10 Uhr im Restaurant Mariannenstr. 49. — Geselliger Klub „Vorkämpfer“ bei Lorenz, Köpenickerstr. 42. — Geselliger Klub „Hoffnung“ bei Heide, Marktstr. 21. — Verein der „Goldener“, Abends 8 Uhr bei Wulle, Friedrichsbergerstraße 24. — Verein „Kreuzritter“, Sitzung mit Damen bei Döberitz, Mariannenstr. 21. — Raufklub „Nordstern“ in Friedrichsberg. — „Schlachter“, Abends 8 Uhr bei Wimmer, Gausstr. 89. — Orientalischer Raufklub, Abends 9 Uhr, bei Hartmann, Wilmstr. 71. Gatte willkommen.

Lebhaftes Turnwesen: 1. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des Königsplatz, Gensstr. 67-69. — Berliner Turngenossenschaft, s. Männer-Klub, Abends von 8 bis 11 Uhr.

Volkstheater „Luzifer Brüder“, Abends 8-10 Uhr im Restaurant Mariannenstr. 49. — Geselliger Klub „Vorkämpfer“ bei Lorenz, Köpenickerstr. 42. — Geselliger Klub „Hoffnung“ bei Heide, Marktstr. 21. — Verein der „Goldener“, Abends 8 Uhr bei Wulle, Friedrichsbergerstraße 24. — Verein „Kreuzritter“, Sitzung mit Damen bei Döberitz, Mariannenstr. 21. — Raufklub „Nordstern“ in Friedrichsberg. — „Schlachter“, Abends 8 Uhr bei Wimmer, Gausstr. 89. — Orientalischer Raufklub, Abends 9 Uhr, bei Hartmann, Wilmstr. 71. Gatte willkommen.

Lebhaftes Turnwesen: 1. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des Königsplatz, Gensstr. 67-69. — Berliner Turngenossenschaft, s. Männer-Klub, Abends von 8 bis 11 Uhr.

Volkstheater „Luzifer Brüder“, Abends 8-10 Uhr im Restaurant Mariannenstr. 49. — Geselliger Klub „Vorkämpfer“ bei Lorenz, Köpenickerstr. 42. — Geselliger Klub „Hoffnung“ bei Heide, Marktstr. 21. — Verein der „Goldener“, Abends 8 Uhr bei Wulle, Friedrichsbergerstraße 24. — Verein „Kreuzritter“, Sitzung mit Damen bei Döberitz, Mariannenstr. 21. — Raufklub „Nordstern“ in Friedrichsberg. — „Schlachter“, Abends 8 Uhr bei Wimmer, Gausstr. 89. — Orientalischer Raufklub, Abends 9 Uhr, bei Hartmann, Wilmstr. 71. Gatte willkommen.

Lebhaftes Turnwesen: 1. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des Königsplatz, Gensstr. 67-69. — Berliner Turngenossenschaft, s. Männer-Klub, Abends von 8 bis 11 Uhr.

Volkstheater „Luzifer Brüder“, Abends 8-10 Uhr im Restaurant Mariannenstr. 49. — Geselliger Klub „Vorkämpfer“ bei Lorenz, Köpenickerstr. 42. — Geselliger Klub „Hoffnung“ bei Heide, Marktstr. 21. — Verein der „Goldener“, Abends 8 Uhr bei Wulle, Friedrichsbergerstraße 24. — Verein „Kreuzritter“, Sitzung mit Damen bei Döberitz, Mariannenstr. 21. — Raufklub „Nordstern“ in Friedrichsberg. — „Schlachter“, Abends 8 Uhr bei Wimmer, Gausstr. 89. — Orientalischer Raufklub, Abends 9 Uhr, bei Hartmann, Wilmstr. 71. Gatte willkommen.

Lebhaftes Turnwesen: 1. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des Königsplatz, Gensstr. 67-69. — Berliner Turngenossenschaft, s. Männer-Klub, Abends von 8 bis 11 Uhr.

Volkstheater „Luzifer Brüder“, Abends 8-10 Uhr im Restaurant Mariannenstr. 49. — Geselliger Klub „Vorkämpfer“ bei Lorenz, Köpenickerstr. 42. — Geselliger Klub „Hoffnung“ bei Heide, Marktstr. 21. — Verein der „Goldener“, Abends 8 Uhr bei Wulle, Friedrichsbergerstraße 24. — Verein „Kreuzritter“, Sitzung mit Damen bei Döberitz, Mariannenstr. 21. — Raufklub „Nordstern“ in Friedrichsberg. — „Schlachter“, Abends 8 Uhr bei Wimmer, Gausstr. 89. — Orientalischer Raufklub, Abends 9 Uhr, bei Hartmann, Wilmstr. 71. Gatte willkommen.

Lebhaftes Turnwesen: 1. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des Königsplatz, Gensstr. 67-69. — Berliner Turngenossenschaft, s. Männer-Klub, Abends von 8 bis 11 Uhr.

Volkstheater „Luzifer Brüder“, Abends 8-10 Uhr im Restaurant Mariannenstr. 49. — Geselliger Klub „Vorkämpfer“ bei Lorenz, Köpenickerstr. 42. — Geselliger Klub „Hoffnung“ bei Heide, Marktstr. 21. — Verein der „Goldener“, Abends 8 Uhr bei Wulle, Friedrichsbergerstraße 24. — Verein „Kreuzritter“, Sitzung mit Damen bei Döberitz, Mariannenstr. 21. — Raufklub „Nordstern“ in Friedrichsberg. — „Schlachter“, Abends 8 Uhr bei Wimmer, Gausstr. 89. — Orientalischer Raufklub, Abends 9 Uhr, bei Hartmann, Wilmstr. 71. Gatte willkommen.

Lebhaftes Turnwesen: 1. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des Königsplatz, Gensstr. 67-69. — Berliner Turngenossenschaft, s. Männer-Klub, Abends von 8 bis 11 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

N. 5. 40. Schreiben Sie uns genauer, welchen Bericht Sie meinen.

H. J. in A. Wenden Sie sich an Herrn J. Lütz, Grenadierstraße 11.

Unserer heutigen Nummer liegt ein illustrierter Preis-Courant des Verbands-Geschäfts Gebr. Grunmach, Königsstr. 57a u. 59 bei, worauf wir unsere Leser hiermit aufmerksam machen.

